

Stenographisches Protokoll.

51. Sitzung der Konstituierenden Nationalversammlung für Deutschösterreich.

Samstag, den 20. Dezember 1919.

Tagesordnung: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (517 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. Juni 1920 (541 der Beilagen). — 2. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (551 der Beilagen), betreffend die Ermächtigung der Staatsregierung zu vorläufigen Verfügungen auf dem Gebiete des Notenbankwesens (585 der Beilagen). — Eventuell: 3. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (583 der Beilagen), betreffend das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Besoldung der Personen des militärischen Berufsstandes (Militärbefoldungs-Übergangsgesetz) (599 der Beilagen). — 4. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (563 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Eisenbahnverkehrssteuern (600 der Beilagen).

Inhalt.

Personalien.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Niederlegung des Mandates als Mitglied der Konstituierenden Nationalversammlung seitens des Abgeordneten Josef Gruber (Seite 1429).

Beschrift der Staatsregierung,

betreffend den Gesetzentwurf über die Einführung von Schöffengerichten für strafbare Handlungen gegen die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917, N. G. Bl.

Nr. 131 (602 der Beilagen [Seite 1429] — Zuweisung der Vorlage an den Justizauschuß [Seite 1429]).

Verhandlungen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (551 der Beilagen), betreffend die Ermächtigung der Staatsregierung zu vorläufigen Verfügungen auf dem Gebiete des Notenbankwesens (585 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Ullina [Seite 1429 und 1432], Abge-

ordneter Kraft [Seite 1430] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1433].

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (583 der Beilagen), betreffend das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Befoldung der Personen des militärischen Berufsstandes (Militärbefoldungs-Übergangsgesetz) (599 der Beilagen — Antrag des Präsidenten auf dringliche Behandlung [Seite 1433] — Redner: Berichterstatter Schönsteiner [Seite 1433], Staatssekretär für Heereswesen Dr. Deutsch [Seite 1434] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1436].

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (563 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Eisenbahnverkehrssteuern (600 der Beilagen — Antrag des Präsidenten auf dringliche Behandlung [Seite 1436] — Redner: Berichterstatter Dr. Alfred Görtler [Seite 1436] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1438].

Bericht des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze über die Verlängerung der Funktionsdauer der wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern bis 31. März 1920 (601 der Beilagen — Antrag des Präsidenten auf dringliche Behandlung [Seite 1438] — Redner: Berichterstatter Partik [Seite 1438] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1439].

Bericht des Justizauschusses über den Antrag der Abgeordneten Skaret und Genossen (150 der Beilagen), betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Tilgung der Verurteilung bei militärgerichtlichen Urteilen und über die Regierungsvorlage (319 der Beilagen), betreffend ein Gesetz über die Folgen militärgerichtlicher Verurteilungen (589 der Beilagen — Antrag des Präsidenten auf dringliche Behandlung [Seite 1439] — Redner: Berichterstatter

Polke [Seite 1439] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1439]).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (517 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. Juni 1920 (541 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Alfred Görtler [Seite 1440 und 1462], Staatskanzler Dr. Renner [Seite 1443 und 1457], die Abgeordneten Dr. Schönbauer [Seite 1450], Popp [Seite 1458] — Annahme des Gesetzes in zweiter und dritter Lesung [Seite 1463].

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Konstituierung des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze (Seite 1429).

Zuweisungen:

1. 560, 571 und 572 der Beilagen an den Finanz- und Budgetausschuß (Seite 1440);
2. 574 der Beilagen an den Sozialisierungsausschuß (Seite 1440);
3. 576 der Beilagen an den Verfassungsausschuß (Seite 1440);
4. 132 der Beilagen an den Ausschuß für Verkehrsweisen (Seite 1440);
5. 575 der Beilagen an den Justizauschuß (Seite 1440);
6. 573 der Beilagen an den Ausschuß für soziale Verwaltung (Seite 1440).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Hölzl und Genossen, auf Ermächtigung der Staatsregierung zur Abänderung der mit Gesetz vom 26. Mai 1866, R. G. Bl. Nr. 75, festgesetzten Kontrollgebühr (603 der Beilagen);
2. der Abgeordneten Hollersbacher, Luttenberger, Kocher und Genossen, betreffend Schaffung eines Gesetzes zum Schutze der Landwirtschaft gegen unlauteren Wettbewerb (604 der Beilagen);

3. der Abgeordneten Dr. Buresch, Eisenhut, Derjch und Genossen, betreffend die Einreichung von Großenzersdorf, Wolkersdorf, Mägen und Marchegg in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (605 der Beilagen);

4. der Abgeordneten Kraft und Genossen, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Behandlung des Geld- und Währungswezens (606 der Beilagen);

5. der Abgeordneten Schönsteiner, Steinegger und Genossen auf Sicherung des Dienstverhältnisses der

invaliden Staatsangestellten Österreichs (607 der Beilagen).

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Waber und Genossen an den Staatssekretär für Verkehrswezen, betreffend die Einstellung des Personenverkehrs auf den Eisenbahnen in der Weihnachtswoche (Anhang I, 233/I).

Zur Verteilung gelangen am 20. Dezember 1919:

die Regierungsvorlagen 586, 596 und 602 der Beilagen;

die Berichte des Justizauschusses 587, 588 und 589 der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft 594 der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten 595 der Beilagen;

die Berichte des Finanz- und Budgetauschusses 599 und 600 der Beilagen;

der Bericht des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze 601 der Beilagen;

die Anträge 571 bis 576 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident **Seitz**, zweiter Präsident **Hausler**, dritter Präsident Dr. **Dinghofer**.

Schriftführer: **Profft**, **Schönsteiner**.

Staatskanzler: Dr. **Renner**.

Vizekanzler: **Fink**.

Staatssekretäre: **Eldersch** für Inneres und Unterricht, Dr. **Ramek** für Justiz, Dr. **Deutsch** für Heerwesen, Dr. **Reich** für Finanzen, **Stöckler** für Land- und Forstwirtschaft, Ingenieur **Berdik** für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **Paul** für Verkehrswesen, **Hausch** für soziale Verwaltung, Dr. **Loewenfeld-Ruß** für Volksernährung, Dr. **Ellenbogen**.

Unterstaatssekretäre: **Glöckel** und **Miklas** im Staatsamte für Inneres und Unterricht, Dr. **Eisler** im Staatsamte für Justiz, Dr. **Wais** im Staatsamte für Heerwesen, Dr. **Reich** und Dr. **Tandler** im Staatsamte für soziale Verwaltung.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung. Das Protokoll der Sitzung vom 18. Dezember ist unbeanstandet geblieben, gilt daher als genehmigt. Das Protokoll der Sitzung vom 19. Dezember liegt in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder auf.

Der Ausschuss zur Vorberatung der Kammergesetze hat sich konstituiert und gewählt zum Obmann: den Herrn Abgeordneten Dr. **Danneberg**; zum Obmannstellvertreter: den Herrn Abgeordneten **Kollmann**; zu Schriftführern: die Herren Abgeordneten **Allina** und **Fischer**.

Der Abgeordnete für den Wahlkreis Oberösterreich, Linz und Umgebung Nr. 13, **Josef Gruber** hat mit Rücksicht auf die Anforderungen, die das Amt eines Landeshauptmannstellvertreters von Oberösterreich an ihn stellt, sein Abgeordnetenmandat niederlegt.

Wegen Einberufung des Ersatzmannes werde ich das Erforderliche veranlassen.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, mit der die Einbringung einer Vorlage der Staatsregierung angekündigt wird. Ich bitte um deren Verlesung.

Schriftführerin **Profft** (liest):

„Das Staatsamt für Justiz beehrt sich, mit Berufung auf die Zustimmung des Kabinettsrates (Sitzung am 12. Dezember 1919) den Entwurf eines Gesetzes über die Einführung von Schöffengerichten für strafbare Handlungen gegen die Kaiserliche Verordnung vom 24. März 1917, R. G. Bl. Nr. 131 (602 der Beilagen) zur weiteren verfassungsmäßigen Behandlung zu übersenden.

Wien, 17. Dezember 1919.

Ramek.“

Präsident: Wenn bis zum Schluß der nächsten Sitzung kein Begehren auf Vornahme einer ersten Lesung gestellt wird, werde ich diese Vorlage dem Justizausschusse zuweisen.

Wir gelangen nunmehr zur Tagesordnung. Auf Grund des § 33 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Tagesordnung umzustellen und den Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über das Budgetprovisorium als letzten Punkt zu nehmen, weil wir im Anschlusse daran eine politische Debatte führen werden, und der Staatskanzler ersucht hat, ihm Gelegenheit zu bieten, hieran teilzunehmen. Der Staatskanzler ist heute mit einer ziemlich großen Verspätung in Wien angekommen und kann daher zurzeit noch nicht in der Sitzung sein.

Ich würde also den zweiten Punkt der Tagesordnung an die Stelle des ersten setzen. Es ist das der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (551 der Beilagen), betreffend das Gesetz vom . . . Dezember 1919 über die Ermächtigung der Staatsregierung zu vorläufigen Verfügungen auf dem Gebiete des Notenbankwesens (385 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag ein Einspruch erhoben? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall, so bleibt es dabei. Wir treten in die Verhandlungen ein und ich bitte den Herrn Berichterstatter **Allina**, sie einzuleiten.

Berichterstatter **Allina:** Hohes Haus! Das Privilegium, das der Oesterreichisch-ungarischen Bank zur Ausgabe von Banknoten verliehen ist, läuft mit 31. Dezember ab. Nach dem Friedensvertrage von

St. Germain sind wir bekanntlich verpflichtet, bis zu diesem Zeitpunkte für die Regelung im eigenen Wirkungskreis Sorge zu tragen. In der kurzen Zeit zwischen der Ratifizierung des Friedensvertrages und dem Termin vom 31. Dezember l. J. war es der Regierung, die bekanntlich unter den Sorgen des Alltags steht, nicht möglich, hier das Entsprechende zu veranlassen, und es würde somit am 1. Jänner ein Vakuum eintreten, gegen das entsprechende Vorkehrungen zu treffen sind.

Die Vorlage der Staatsregierung Nr. 585 der Beilagen bezweckt daher die Ermächtigung an die Regierung, durch eine Vollzugsanweisung die entsprechenden Verfügungen zu treffen. Nach dem Motivenberichte, der dieser Regierungsvorlage angeheftet ist, dürfte es sich ja im wesentlichen darum handeln, das der Oesterreichisch-ungarischen Bank erteilte Privileg bis auf weiteres zu verlängern. Im § 2 der Regierungsvorlage verpflichtet sich die Regierung, die in der Zwischenzeit zu treffenden Verfügungen beim Zusammentritt des Hauses diesem unverzüglich vorzulegen. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der vorliegenden Materie hat sich der Finanz- und Budgetausschuß veranlaßt gesehen, ohne weitere Debatte der Vorlage der Staatsregierung seine Zustimmung zu erteilen, und ich bitte Sie als Berichterstatter, der Gesetzesvorlage auch im Plenum Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Zum Worte hat sich der Herr Abgeordnete Kraft gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Kraft: Hohes Haus! Vor allem muß ich konstatieren, daß es uns mit einer gewissen Genugtuung erfüllt, daß die Regierung in formaler Beziehung ihre Pflicht getan und ein Ermächtigungsgesetz über diesen Gegenstand eingeholt hat. Es war bisher öfters der Fall, daß dies nicht geschehen ist, sondern daß auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom Juli 1917 Gegenstände Gesetzeskraft erlangten, auf die eigentlich das Ermächtigungsgesetz vom Jahre 1917 nicht zutrifft. Wir erkennen vollinhaltlich an, daß dieses Gesetz jetzt erledigt werden muß und sind mit der Erledigung des Ermächtigungsgesetzes einverstanden. Es wird aber immerhin notwendig sein, unseren Standpunkt hierzu zu rechtfertigen und klarzulegen. Und dazu möchte ich einige Worte sprechen.

Vor allem möchte ich zum Gesetz selbst sagen, daß ich eigentlich die Terminierung, die Fixierung des Termins, bis zu welchem dieses Ermächtigungsgesetz reichen soll, verlangen sollte. Ich habe aber davon abgesehen, weil ja das Wesentliche dieses Ermächtigungsgesetzes in den nächsten 14 Tagen oder drei Wochen entschieden sein muß. Nachdem diese Punkte dann der Nationalversammlung vor-

gelegt werden müssen, ist dann noch Zeit genug, dazu Stellung zu nehmen.

Zur Notenbank selbst möchte ich auch ein paar Worte sagen. Nach dem Zusammenbruch ist die Oesterreichisch-ungarische Bank in eine außerordentlich schwierige Situation gelangt. Wir sehen, daß die Nationalstaaten auf ihren Gebieten sich das Notenbankwesen selbst konstituiert haben — insbesondere die Tschecho-Slowakei und Südslawien — und die Oesterreichisch-ungarische Bank ausgeschaltet, ja zum Teil sequestriert haben. Es sind Dinge vorgekommen, welche ein Zusammenarbeiten der Notenbank mit den einzelnen Staaten unmöglich gemacht haben, alles, trotzdem diese Staaten erklärten, daß sie das Privilegium der Notenbank vollinhaltlich anerkennen. Sie berufen sich hierbei auf Verfügungen und Anordnungen der österreichischen Regierungen und stellen diese Verfügungen der Notenbank zur Last. Nun sind mittlerweile Erscheinungen in unserem Geldwesen zutage getreten, welche das Wirtschaftsleben in ganz furchbarer Weise belasten, und es wird daher gut sein, wenn ich bei der Durchsicht dieser Verhältnisse einen Augenblick verweile, um dann auf die Notenbank und das Geldwesen selbst zu sprechen zu kommen und zum Schlusse meine Ausführungen in einen Antrag auslaufen zu lassen, der es gewissermaßen rechtfertigt, daß ich heute, obwohl ich für das Gesetz bin, das Wort ergreife.

Wir leben in einem Staate, der 6½ Millionen Einwohner hat. In diesem Staate sind 1 Million öffentlicher Angestellter und ungefähr 3 bis 3½ Millionen Kinder, Greise, Nichtarbeitsfähige, so daß ungefähr 1½ Millionen Menschen übrig bleiben, die die Arbeitslast zu tragen haben. (*Abgeordneter Dr. Waber: 1 Million Staatsangestellte, das ist samt ihren Angehörigen!*) Ja! Nun haben wir eine Schuldenlast von ungefähr 46 Milliarden zu tragen, die uns der Friede von Saint Germain aufgebürdet hat. Das jährliche Defizit dieses Staates beträgt ungefähr 12 Milliarden. Es wurden zwar letzthin bloß 8 Milliarden als Defizit verkündet, aber nach den Gehaltserhöhungen, welche bisher vorgenommen wurden und denen selbstverständlich neue Erhöhungen folgen müssen, wird sich das Defizit auf mindestens 12 Milliarden belaufen.

Wir können also annehmen, daß wir vorläufig mit rund 60 Milliarden zu rechnen haben, die zu verzinsen sind. Nun beträgt der Notenumlauf derzeit 13 Milliarden und wird bei einem Defizit, das sich jährlich auf mindestens 12 Milliarden beläuft, monatlich eine Neuausgabe von Banknoten in der Höhe von mindestens einer Milliarde notwendig sein. Der Notenumlauf wird sich also von 13 Milliarden in der Mitte dieses Jahres auf etwa 19 Milliarden steigern. Rechnen

wir den gesamten Notenumlauf von Österreich und Ungarn zusammen, den die Notenbank zu bewältigen haben wird, so wird Mitte dieses Jahres dieser Notenumlauf rund 65 Milliarden betragen.

Die Vermehrung des Notenumlaufes um ungefähr eine Milliarde pro Monat hat natürlich eine ganz ungeheuerliche neuerliche Verteuerung sämtlicher Lebensmittel und Bedarfsartikel zur Folge. Um mich drastischer auszudrücken, könnte ich sagen: es entstehen jeden Tag 30 neue Millionäre oder die alten Millionäre vermehren sich um täglich 30 Millionäre — selbstverständlich akademisch genommen —, kurzum es wird der nominelle und scheinbare Reichtum dieses Landes monatlich um eine Milliarde erhöht. Infolgedessen vermindert sich wieder die Kaufkraft des Geldes, wogegen die scheinbare Kaufkraft der Bevölkerung wächst; so wächst wieder in ungeheuerlichem Maße die Teuerung.

Das ist ein Zustand, dem wir vorläufig nicht abhelfen, dem wir aber längst hätten entgegenwirken können. Die Gegenmaßnahmen gegen einen derartig hohen Notenumlauf und gegen die rapide Teuerung sind immer dieselben: entweder Staatsbankerott oder Vermögensabgabe, erhöhte Steuern oder Zwangsanleihe. Wir haben bisher keines von diesen Mitteln in Anwendung gebracht. Vom Staatsbankerott wollen wir doch überhaupt nicht sprechen. Es wurde das Mittel der Vermögensabgabe gewählt, der wir allerdings — angeblich in Folge des Friedens von St. Germain — bisher noch nicht näher gerückt sind. Ich will daran keine Kritik üben, weil ich ja einsehe, daß infolge des Wechsels in der Leitung des Staatsamtes für Finanzen immer neue Schwierigkeiten aufgetaucht sind. Es ist auch die Frage noch immer nicht geklärt, ob nicht überhaupt die Vermögensabgabe von der Entente, die gewiß nach dem Friedensvertrage von St. Germain hierzu berechtigt wäre (*Rufe: Oh!*), mit Beschlag belegt würde. Es könnte dann immerhin der Fall eintreten, daß beispielsweise die seinerzeit vom Herrn Dr. Bauer beantragte Zwangsanleihe, die ich durchaus nicht verwerfe, unter ganz bestimmten Umständen an die Stelle der Vermögensabgabe treten würde und sie in gewisser Beziehung ersetzen könnte. Selbstverständlich wäre die Vermögensabgabe als ein einmaliges großes Reichsnotopfer vorzuziehen.

Es sind ferner noch eine ganze Reihe neuer Steuern in Aussicht genommen. Messen wir nun einmal den Zeitraum selbst. Wir haben von jetzt bis zum Juli einen Zeitraum von ungefähr sechs Monaten vor uns. Die Vermögensabgabe wird im Jänner eingebracht und, wenn es gut geht, vielleicht im Februar erledigt werden; die Vollzugsvorschriften werden im März und April hinauskommen, so daß wir tatsächlich bis dahin zu einem

Notenumlauf von 19 Milliarden, von dem ich früher gesprochen habe, ohne seine Höhe allerdings zu begründen, kommen werden. Mittlerweile werden auch in Ungarn erhöhte Notenansprüche gestellt werden und, wie Sie wissen, fallen die erhöhten Notenansprüche in Ungarn, die auch auf Polen übergreifen werden, nicht allein diesen Ländern zur Last, sondern werden, weil diese Länder ungestempelte Noten haben, auf dem Züricher Markt gewissermaßen uns allen aufgelastet, aufgelastet in dem Sinne, daß ungeheuer viele Noten dort auf den Markt gebracht und verkauft werden. Dabei fällt noch ins Gewicht, daß wir eigentlich die großen Märkte gar nicht mehr zur Verfügung haben. Die Züricher Börse — wenn ich so sagen darf, ich bitte das aber nicht etwa in bösem Sinne auszulegen — war früher eine Art Winkelbörse, eine kleine Börse im Verhältnis zu den großen Börsen. Jetzt ist diese kleine Börse belastet mit ungeheuren Werten, die vom Auslande auf die Züricher Börse einströmen. Alles will diese 800 Millionen Schweizer Banknoten kaufen, die im Umlauf sind, oder will holländische Noten kaufen und infolgedessen bekommen wir für unser Geld tatsächlich einen ganz falschen Kurs. Der Kurs, der auf der Züricher Börse für unser Geld entsteht, ist ein Kurs, der sich im Inlande gewiß nicht rechtfertigen läßt. Hätten wir, wie seinerzeit, als beispielsweise im Jahre 1810 Kaiser Franz seine verschiedenen Verordnungen ungefähr unter denselben Umständen hinausgab, eine Inlandsmünze oder ein Inlandspapier, das mit Gold genügend gedeckt wäre, wir hätten vielleicht zwei Geldsorten, aber mindestens einen richtigen Kurs. Über diese Frage heute zu sprechen, ist natürlich verfrüht und es wird dazu seinerzeit Gelegenheit sein.

Wenn ich jetzt von der Züricher Börse spreche, so komme ich damit gewissermaßen auf das ganze Geldproblem selbst. Wir sehen doch alle ein und ich glaube, wir sind alle überzeugt, daß der Kurs, wie er heute besteht, unseren Warenpreisen nicht entspricht. Ein Arbeiter, der in der Schweiz 10 Franken verdient, würde heute bei uns 300 K beziehen müssen. Alle Preise, wie sie sich im Inlande darstellen, sind weit unter den sogenannten Weltmarktpreisen. Das ist übrigens auch ein Wort, das mit großer Vorsicht angewendet werden muß. Die Inlandspreise jener Waren hingegen, welche aus dem Auslande hereinkommen, tragen vollständig den Weltmarktpreis an sich. Wir haben daher eine Preisverwirrung auf dem öffentlichen Markte, die ganz ungeheuerlich ist. Stellen wir uns nun die Sanierung vor, so glaube ich doch nicht, daß irgendjemand daran denken kann, daß man, wenn die Zeit der Sanierung unseres Geldwesens kommt und verhältnismäßig schnell kommt, die verschiedenen Posten, Kosten zc. mit den vollwertigen Kronen,

mit einer Krone, von denen 3280 gleich sind einem Kilogramm Gold, die Preise wird bezahlen können.

Es wird daher notwendig sein, daß unser Geld- und Währungsweisen auf eine vollständig neue Stufe gestellt wird. Ich will mir nicht anmaßen Vorschläge zu machen, denn diese müssen unter der Mitwirkung erfahrener Finanzmänner erfolgen. In diesem Hause sind ja wenig Männer, die sich mit diesen Problemen beschäftigen. Ich halte es daher für notwendig, daß hier so bald als möglich ein entscheidender Schritt getan wird, ein Schritt in der Richtung, daß sich ein Beirat oder eine Kommission eingehend und fortwährend mit dieser Frage beschäftigt.

Diese Frage berührt aber auch das Problem der Oesterreichisch-ungarischen Bank, das Problem der Notenbank. Ich werde mir daher erlauben, folgenden Resolutionsantrag zu stellen, welcher von der Regierung und dem Hause gewiß angenommen werden kann (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, eine ständige Kommission oder einen Beirat zur Behandlung der Frage des Geld- und Währungswezens einzusetzen.“

Ich glaube, daß wir damit zumindest den ersten notwendigen Schritt zur Sanierung des Geldwezens tun, wenn wir in- und ausländische Fachmänner, inländische in diesem Hause und außerhalb desselben, einladen, sich zusammenzusetzen und der Regierung bei der Sanierung unseres Geldwezens behilflich zu sein. Das ist die Hauptbedingung auch zur Sanierung unseres Warenverkehrs. Wenn wir diesen ersten Schritt getan haben, wenn wir in der nächsten Zeit dazu kommen, auch die nötigen Steuern, die Vermögensabgabe usw. zu beschließen, hege ich nicht mehr die Befürchtung, daß, wenn uns, selbstverständlich mit Hilfe des Auslandes, die entsprechenden Auslandskredite gewährt werden, dieser Staat zum Scheitern kommt, denn es werden genügend Kräfte frei werden, um ihn wieder zum blühenden Aufleben zu bringen. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet.

Der Herr Abgeordnete Kraft hat folgenden Resolutionsantrag gestellt (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, eine ständige Kommission oder einen Beirat zur Behandlung der Frage des Geld- und Währungswezens einzusetzen.“

Dieser Antrag ist gehörig gezeichnet und steht daher in Verhandlung. Wünscht niemand mehr das Wort? (*Niemand meldet sich.*) Die Debatte ist geschlossen, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter **Allina:** Über die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Kraft zu dem eigentlichen Inhalt der Vorlage zurückkehrend, habe ich nichts weiter zu bemerken, als daß eine Einwendung gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes auch vom Herrn Abgeordneten Kraft nicht gemacht wurde. Die Dringlichkeit der vorliegenden Gesetzesvorlage ergibt sich ja von selbst und auch von der vom Herrn Abgeordneten Kraft bedingt gewünschten Terminierung ist Abstand genommen worden, weil sich die Terminierung von selbst ergibt. Bis 31. Dezember muß die Sache geregelt sein und die Regierung hat sich in der Vorlage schon selbst verpflichtet, unmittelbar beim Zusammentritt des Hauses die bezüglichen Verfügungen der Nationalversammlung vorzulegen.

Was nun den Resolutionsantrag des Herrn Abgeordneten Kraft betrifft, so wäre ja im Wesen gegen ihn nichts einzuwenden, nur glaube ich, sollte er doch vorher dem Ausschuss zur Beratung vorgelegt werden, damit den Mitgliedern des Ausschusses Gelegenheit geboten ist, sich mit dem Inhalt dieser Resolution erst des Näheren eingehend zu befassen. Ich kann deshalb als Berichterstatter des Ausschusses dem hohen Hause nicht empfehlen, diesem Resolutionsantrage die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte die Plätze einzunehmen.

Das Gesetz hat drei Paragraphen. Ein Gegenantrag liegt nicht vor, ich werde daher die drei Paragraphen unter Einem zur Abstimmung bringen.

Ich bitte jene Mitglieder, welche diesen Paragraphen ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen.

Ich bitte jene Mitglieder, welche für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Angenommen. Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter **Allina:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Zur Annahme dieses formellen Antrages ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Ich bitte jene Mitglieder, welche dem formellen Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschieht.*) Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.)

Ich bitte nunmehr jene Mitglieder, welche dem Gesetz auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (Geschicht.) Angenommen. Damit ist das Gesetz über die Ermächtigung der Staatsregierung zu vorläufigen Verfügungen auf dem Gebiete des Notenbankwesens (gleichlautend mit 583 der Beilagen) auch in dritter Lesung beschlossen, also endgültig zum Beschlusse erhoben.

Der Herr Abgeordnete Kraft hat eine Resolution beantragt. Die geehrten Herren und Frauen haben sie bereits gehört. Ich bitte jene Mitglieder, welche dieser Resolution ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (Geschicht.) Es ist die Minderheit, die Resolution ist daher nicht angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (583 der Beilagen), betreffend das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Besoldung der Personen des militärischen Berufsstandes (Militärbesoldungs-Übergangsgesetz) (599 der Beilagen),

Der gedruckte Ausschussbericht liegt noch nicht 24 Stunden auf. Ich gestatte mir daher im Grunde des § 37 der Geschäftsordnung den Vorschlag, von der 24stündigen Frist abzugehen und den Bericht in Verhandlung zu nehmen.

Ich ersuche diejenigen Mitglieder, welche diesem Vorschlage zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. (Geschicht.) Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit genehmigt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schönsteiner. Ich ersuche ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter **Schönsteiner**: Namens des Finanz- und Budgetausschusses habe ich die Ehre, über die Vorlage der Staatsregierung, betreffend das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Besoldung der Personen des militärischen Berufsstandes (583 der Beilagen), zu referieren.

In ihrer Donnerstagssitzung hat die hohe Nationalversammlung eine Reihe von Gesetzesvorlagen beschlossen, durch welche die Bezüge der Staatsangestellten, entsprechend den heute herrschenden Lebensverhältnissen, eine Erhöhung erfahren haben. Es wurden die Bezüge der Hoch- und Mittelschullehrer, der Seelsorger, der Staatsbeamten, Unterbeamten und Diener geregelt und durch die heutige Vorlage, über die zu referieren

ich die Ehre habe, sollen nun endlich auch die Bezüge der Berufsmilitärpersonen eine Regelung erfahren.

Ich möchte dabei hervorheben, daß im § 14 festgelegt wird, auf welche Personen dieses Gesetz Anwendung findet. Der § 14 sagt darüber (liest):

„Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf alle aktiven Berufsmilitärpersonen österreichischer Staatsbürgerschaft, die sich zur österreichischen Wehrmacht gemeldet haben, Anwendung wenn sie

1. im Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes bei österreichischen militärischen oder sonstigen österreichischen staatlichen Stellen (ausgenommen die bisher liquidierenden Stellen) tatsächlich Dienste versehen, oder

2. seit 1. November 1918 durch mindestens sechs Monate bei einer österreichischen militärischen oder sonstigen österreichischen staatlichen Stelle oder bei einer bisher liquidierenden Stelle tatsächlich Dienste versehen haben und in einer nach dem Staatsvertrage von St. Germain zur Republik Österreich gehörenden Gemeinde heimatberechtigt sind.“

Diese Bestimmungen glaubte der Ausschuss treffen zu müssen, um jeden Zweifel darüber auszuschließen, wer von diesem Gesetze betroffen werden soll.

Die Regierungsvorlage hat auch insofern eine Änderung erfahren, als im § 4 eine Verbesserung für die Gagisten ohne Rangklasse und für die Unteroffiziere vorgenommen wurde. Der Grundgehalt dieser Gagisten ohne Rangklasse und Berufsunteroffiziere, die das Beamtenzertifikat bereits besitzen oder die Bedingungen für die Verteilung mit diesem Zertifikate erfüllen, wurde mit 3600 K festgesetzt und erhöht sich alle zwei Jahre um je 200 K. Für alle übrigen Unteroffiziere und Gagisten ohne Rangklasse ist der Grundgehalt mit 3000 K angesetzt, wobei die zweijährige Erhöhung gleichbleibt.

Im allgemeinen ist noch darauf hinzuweisen, daß im § 10 festgelegt wird, daß aus diesem Gesetze Versorgungsansprüche für die Berufsmilitärpersonen nicht resultieren. Die Regelung dieser Frage würde dem Militärabbaugesetze vorbehalten und es wird die hohe Regierung durch den sehr geehrten Herrn Staatssekretär für das Heerwesen heute dem hohen Hause eine Erklärung unterbreiten. Diese Bestimmung mag im ersten Augenblick als hart erscheinen. Sie verliert aber diesen Eindruck, wenn man die besonderen Verhältnisse ins Auge faßt, die bei den Berufsmilitärpersonen herrschen

und es nötig machen werden, nicht nur alte, ausgediente Militärs zu pensionieren, sondern auch jüngere Kräfte, für welche man füglich nicht die gleichen Bedingungen festsetzen kann.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß gegenüber der Regierungsvorlage die I., II. und III. Rangklasse in der vom Ausschusse beschlossenen Vorlage nicht mehr ausscheidet. Der Ausschuß hat diese Klassen aus dem Grunde gestrichen, weil Berufsmilitärpersonen in diesen Rangstellen derzeit nicht existieren.

Im übrigen wurden noch einige Druckfehler der Vorlage berichtigt.

Herr Kollege Dr. Danneberg hat im Laufe der Ausschußberatungen folgenden Entschließungsantrag gestellt (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, das Militärabbaugeetz der Nationalversammlung ehestens vorzulegen.“

Diese Entschließung ist vom Ausschusse angenommen worden und ich bitte namens des Finanz- und Budgetausschusses, sowohl der Gesetzesvorlage als auch der Entschließung des Kollegen Dr. Danneberg die Zustimmung erteilen zu wollen. (*Bravo! Bravo!*)

Präsident: Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Staatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch; ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär für Heerwesen Dr. **Deutsch:** Hohes Haus! Zu dem heute in Verhandlung stehenden Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Regelung der Befoldung der Personen des militärischen Berufsstandes habe ich die Ehre mitzuteilen, daß dem hohen Hause demnächst ein Gesetz vorgelegt werden wird, womit der notwendig gewordene Abbau im militärischen Berufsstande und die Versorgung der ausgeschiedenen Berufsmilitärpersonen geregelt wird. Im Gegensatz zu dem Befoldungsübergangsgesetz für Zivilangestellte, das Vorschriften über die Ruhegenußbemessung trifft, enthält der heute zur Beratung stehende Gesetzentwurf im § 10 die Bestimmung, daß sich aus diesem Gesetz keine Versorgungsansprüche ergeben. Damit soll aber lediglich den Versorgungsbestimmungen des Abbaugesetzes für die überzähligen Berufsmilitärpersonen Raum gelassen werden. Der durchwegs imperative Charakter des Abbaues im militärischen Berufsstande wie auch der Umstand erfordert eine besondere Regelung, daß den zahlreichen jungen Offizieren, die zwangsweise ausscheiden, der Übergang in neue Lebensberufe durch besondere Maßnahmen zu erleichtern ist. Während bei diesen jungen Offizieren eine dauernde höhere Versorgung, also eine Pension aus wirtschaftlichen und staatsfinanziellen Gründen abzulehnen ist, werden den Offizieren,

denen nach in ihrem Alter ein Berufswechsel nicht mehr zugemutet werden kann, Ruhegenüsse nach den Ansätzen des in Beratung stehenden Entwurfes zu gewähren sein. Es ist ganz klar, daß für die Berufsoffiziere eine besondere Vorsorge getroffen werden muß, nachdem sie unter besonderen Verhältnissen leben. Man kann die jungen Herren, die jetzt zwangsweise ausgeschieden werden müssen, weil der Friedensvertrag von St. Germain uns zu einer Standesverminderung zwingt, unmöglich so behandeln wie die alten Beamten, die schon im natürlichen Wege zur Pension reif geworden sind. Wir müssen den jungen Herren, die jetzt pensioniert werden, andere Bedingungen stellen als den alten Zivilstaatsbediensteten. Dieser Unterschied in den Verhältnissen der beiden Kategorien erfordert es, daß die Vorsorge, insbesondere für die ausscheidenden Staatsangestellten, also jetzt der Offiziere, durch ein besonderes Gesetz geregelt wird.

Bezüglich der Berufsmilitärpersonen, die nach dem 1. März 1919 aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind oder künftig zurückkehren werden, werden besondere Bestimmungen getroffen, damit auch diese Militärpersonen der Begünstigungen des heute vorliegenden Gesetzes teilhaftig werden.

Ich glaube, es wird das hohe Haus interessieren, wenn ich über den bisherigen Gang des Abbaues einiges sage: Im November 1918 haben wir eine große Zahl von Berufsmilitärpersonen übernommen. Wir haben diese Berufsmilitärpersonen in verschiedene Gruppen geteilt und haben bei diesen je nachdem eine andere Behandlung Platz greifen lassen. Wir haben vor allem einen Unterschied zwischen der Generalität und den übrigen aktiven Offizieren gemacht. Die Generalität haben wir sofort in den Ruhestand versetzt, weil wir der Meinung waren, daß es für unser kleines Land unmöglich ist, so hohe Rangklassen beim Militär weiter zu belassen. Es wurde damals von den liquidierenden Stellen eine große Zahl von Generalen auf unseren Wunsch ausgeschieden. Wir konnten nicht genau feststellen, wie viele davon Deutschösteirer sind. Nach den bisherigen Angaben ist die Zahl jener Generale, die auf unser Gebiet entfielen, 450, die sämtlich mit Ruhegenuß verabschiedet wurden.

Die anderen Militärgäste haben wir zum beträchtlichen Teil abbauen müssen und es sind auch hier Härten nicht zu vermeiden gewesen. Wir waren uns bewußt, daß in der neuen Wehrmacht doch nur eine geringe Zahl von Berufsmilitärpersonen Aufnahme finden kann, und es mußte deshalb ein Abbau vorgenommen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß dieser Abbau viele Menschen sehr hart trifft. Diejenigen, die ausgeschieden werden mußten, sind eben auch Opfer des Krieges, wie so viele andere Menschen in diesem Kriege.

In der Zeit vom Zusammenbruch bis zum gestrigen Tage wurde also eine große Anzahl von Offizieren ausgeschieden. Gemeldet haben sich und in Evidenz genommen wurden von den deutschösterreichischen Stellen insgesamt 16.473 Militärgagisten, also eine Zahl, die für unser Gebiet viel zu groß war. Davon sind in den Ruhestand getreten oder auf natürliche Weise abgegangen 1330, abgefertigt wurden 3013, zur Tschecho-Slowakei meldeten sich 2380 Offiziere und andere Nationalstaaten nahmen 785 auf. Insgesamt haben wir von den erwähnten 16.473 aktiven Gagisten 7508 Gagisten abbauen können, es bleibt also noch ein Rest von 8965 Gagisten übrig. Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, beträgt der Abbau immerhin fast 50 Prozent des gesamten Standes und die gesamte Generalität.

Die nichtaktiven Gagisten sind fast sämtlich aus dem Heeresverband ausgeschieden worden, und zwar sowohl die des Ruhestandes als auch die des Reserveverhältnisses. Es sind heute bei der Volkswehr noch insgesamt 250 Reserveoffiziere. Das ist alles, was von dem Reserve- und Ruhestand übriggeblieben ist.

Viel günstiger als bei den Gagisten, die Berufsmilitärpersonen sind, war der Abbau bei den Unteroffizieren. Wir haben auch bei den Berufsunteroffizieren eine viel zu große Zahl übernommen, als wir in unserem Staat hätten verwenden können. Wir haben 12.500 übernommen und haben davon durch Überleitung in eine Zivilanstellung und durch natürlichen Abgang 2541 abgebaut, mit Zertifikatsverzichtentschädigung haben wir 1200 entlassen können, in die Tschecho-Slowakei sind 2756 übergetreten, zu anderen Staaten sind 574 übergetreten, so daß insgesamt 7071 Berufsunteroffiziere ausgeschieden werden konnten. Es verbleibt somit ein Rest von 5429 Berufsunteroffizieren.

Der Abbau war insofern günstiger, als bei den Gagisten nicht volle 50 Prozent ausgeschieden werden konnten, bei den Berufsunteroffizieren aber 56 Prozent ausgeschieden wurden.

Erwähnenswert wäre noch, daß wir von den Gagisten ohne Rangklasse verhältnismäßig wenige abbauen konnten; von 1013, die wir übernommen haben, haben wir 250 abgebaut, es bleibt ein Rest von 763. Es sind also nur 25 Prozent von dieser Kategorie abgebaut worden, was dem Umstande zuzuschreiben ist, daß es sich hier vielfach um technische Kräfte handelt, deren Ausscheidung nicht im gleichen Umfang erforderlich ist wie die Ausscheidung anderer Kategorien.

Ich möchte noch darauf verweisen, daß von den Offizieren, die in unserem Verbandsgeblieben sind, nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz

in der Volkswehr Dienst macht, es sind 2129, die übrigen verteilen sich auf die liquidierenden Stellen, zum Teil auf andere deutschösterreichische Stellen, bei denen noch Offiziere Dienst tun. Nunmehr wird auch in diesen Gruppen eine Änderung eintreten können, weil ein rascherer Abbau der Liquidierung erfolgen und dadurch eine größere Anzahl Offiziere frei werden wird.

Aus den vorgetragenen Daten möge das hohe Haus den festen Willen der Staatsregierung erkennen, den Abbau des militärischen Berufsstandes tunlichst zu beschleunigen. Gleichzeitig geht unser Bestreben dahin, die Überleitung der ausscheidenden Berufsmilitärpersonen in bürgerliche Berufe zu fördern und nach Möglichkeit im Zivilstaatsdienste unterzubringen. Die Aktion des Staatsamtes für Heerwesen wird in nächster Zeit eine Erweiterung erfahren, weil die Durchführung der Vermögensabgabe, die Volkszählung und agrarische Operationen eine neue Verwendungsmöglichkeit im Staatsdienste eröffnen werden. Dennoch können alle überzähligen Berufsmilitärpersonen im Zivilstaatsdienst nicht versorgt werden. Die Staatsregierung wendet sich daher an die Länder und Gemeinden sowie an die Korporationen des öffentlichen Rechtes und jeden Einzelnen mit der dringenden Aufforderung, die Unterbringung der ausgeschiedenen Berufsmilitärpersonen in bürgerliche Erwerbszweige werktätig zu unterstützen.

Es wird jetzt vom Staatsamt für Heerwesen eine großzügige Aktion unternommen, um die Offiziere für die künftigen Berufe auch besser vorzubereiten. Wir haben eine ganze Reihe von Kursen eröffnet, sowohl für Offiziere als auch für Unteroffiziere, Kurse, die sehr gut besucht sind, Kurse, in denen fleißig gelernt wird. Wir tun alles, um die Herren, die ein unabwendbares Geschick aus ihrer bisherigen Lebensbahn geworfen hat, in eine neue Lebensbahn zu führen, die ihnen die Möglichkeit gibt, eben leben zu können. Ich möchte besonders unterstreichen, daß in diesen Kursen fleißig gelernt wird, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden hier wirklich viele tausende Menschen zu einer guten Arbeit für das produktive Leben vorbereitet. Aber ich bitte alle, die uns helfen können, sie mögen uns dabei unterstützen, denn allein ist das Staatsamt für Heerwesen außerstande, diesen vielen tausenden Menschen, die wir ausscheiden müssen, eine halbwegs befriedigende Möglichkeit des Fortkommens zu gewährleisten. Nur wenn alle Kreise zusammenwirken, wird es möglich sein, den Offizieren und Unteroffizieren zu helfen. Nur ein gemeinsames Zusammenwirken wird es ermöglichen, den ausscheidenden Berufsmilitärpersonen aller Grade eine neue Zukunft zu gründen und ihre Arbeitskraft dem produktiven Leben zu gewinnen. (Beifall.)

Präsident: Es ist niemand mehr zum Worte vorgemerkt, daher ist die Debatte geschlossen.

Ein Gegenantrag liegt nicht vor, ich kann daher sofort sämtliche Paragraphen des Gesetzes unter Einem zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dem Gesetze ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche für Titel und Eingang sind, sich zu erheben. (*Geschicht.*) Gleichfalls angenommen.

Damit ist dieses Gesetz in zweiter Lesung erledigt.

Berichterstatter **Schönsteiner:** Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte diejenigen Mitglieder, die diesem formalen Antrage zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmajorität beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Mitglieder, die dem Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das Gesetz zur vorläufigen Regelung der Besoldung der Personen des militärischen Berufsstandes (Militärbesoldungsübergangsgesetz) (*gleichlautend mit 599 der Beilagen*) ist in dritter Lesung angenommen und damit endgültig zum Beschlusse erhoben.

Es liegt noch eine Entschliebung vor, die der Ausschuss beantragt (*liest*):

„Die Regierung wird aufgefordert, das Militärabbaugesetz der Nationalversammlung ehestens vorzulegen.“

Ich bitte diejenigen Mitglieder, welche dieser Entschliebung zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Gleichfalls angenommen.

Der nächste Punkt unserer Tagesordnung ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Staatsregierung (563 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Eisenbahnverkehrssteuern (600 der Beilagen).

Der gedruckte Ausschussbericht liegt noch nicht 24 Stunden auf. Ich gestatte mir daher im Grunde des § 37 der Geschäftsordnung den Vorschlag zu machen, von der 24stündigen Frist abzusehen und den Bericht in Behandlung zu nehmen.

Ich ersuche diejenigen Mitglieder, die diesem formalen Antrage zustimmen, sich von den Sätzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der Antrag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit genehmigt, wir treten daher sofort in die Verhandlung ein.

Ich bitte den Herrn Berichterstatter Professor Gürtler, die Debatte einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Alfred **Gürtler:** Hohes Haus! Die etwas beschleunigte Behandlung einer ziemlich umfangreichen Gesetzesvorlage könnte bei oberflächlicher Betrachtung Bedenkllichkeiten hervorrufen. Es sind derartige Stimmen des Bedenkens auch im Finanz- und Budgetausschusse laut geworden, als ihm zugemutet wurde, diese Gesetzesvorlage in einer verhältnismäßig kurzen Zeit zu erledigen. Aber der Schein hat getrogen. Wenn man nämlich diese Gesetzesvorlage genauer betrachtet — und wir haben sie zu diesem Zwecke sehr genau betrachtet —, so stellt sich heraus, daß diese Vorlage im wesentlichen nichts anderes darstellt als eine Novellierung der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Jänner 1917 über Steuer- und Tarifmaßnahmen im Eisenbahnverkehr aus Anlaß der durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse. Nun hat man diese damalige Kaiserliche Verordnung terminiert, weil man mit Recht oder mit Unrecht von der Anschauung ausgegangen ist, daß die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse mit Beendigung des Kriegszustandes gleichfalls ein Ende nehmen werden. Diese Erwartung hat sich aber nicht erfüllt, sondern die durch den Krieg geschaffenen besonderen Verhältnisse bestehen heute vielfach sogar in verstärktem Maße noch fort. Den Ausgangspunkt für die Kaiserliche Verordnung hat seinerzeit die Verschlechterung unserer Valuta gebildet, die ein Mißverhältnis zwischen den Betriebseinnahmen und den Betriebsausgaben schuf. Es hat sich in diesem Belange nichts geändert und wir müssen daher bei jenem Zustande bleiben, dem die Kaiserliche Verordnung Rechnung zu tragen bestrebt ist. Nun ist die Kaiserliche Verordnung mit 31. Jänner nächsten Jahres terminiert; man könnte also von der Annahme ausgehen, daß ja unter Umständen noch Zeit wäre, dieses Gesetz in Verhandlung zu ziehen. Aber, wie dem hohen Hause bekannt sein dürfte, ist beabsichtigt, mit dem 1. Jänner kommenden Jahres mit einer Tarifierhöhung auf sämtlichen Bahnen des Staates vorzugehen, und es würde sich nun eine unangenehme Diskrepanz ergeben zwischen der Terminierung des Gesetzes und dem Eintritte der neuen Tarifierhöhungen. Das hätte zwei Möglichkeiten im Gefolge, die vermieden werden sollen: entweder würden die Bahnen sofort die gesamte Tarifierhöhung vornehmen, die Bestimmungen des Gesetzes bereits einkalkulieren, dann würden sie für den Monat der Nichtigkeitkeit dieses Gesetzes, für den

Monat Jänner — speziell die Privatbahnen — einen ungerechtfertigten Gewinn machen, auf den sie keinen Anspruch haben, oder es müßte eine zweimalige Tarifierhöhung stattfinden, eine zu Beginn des Monats Jänner und eine zu Beginn des Monats Februar, was schließlich und endlich auch nicht wünschenswert wäre. Darin liegt nun der Anlaß für die beschleunigte Behandlung dieses Gesetzes. Das Gesetz stellt, wie ich schon sagte, im wesentlichen eine Novellierung der bereits zitierten Kaiserlichen Verordnung dar. Es sind einige Punkte dieser Kaiserlichen Verordnung entfallen, so die Bestimmungen, wie sich die Regierung in jenen Fällen zu verhalten hat, wo die Tarife in ausländischer Währung ausgedrückt sind. Diese Bestimmung konnte entfallen, weil es derartige Tarife in unserem Staate künftig nicht mehr geben wird. Es konnte auch die Bestimmung über Frachtermäßigungen von Lebensmittel- und Rohlenwendungen entfallen, weil für diese Belange schon anderweitig vorgesorgt ist, und schließlich konnten alle Bestimmungen über den sogenannten Kriegszuschlag entfallen, weil dieser Kriegszuschlag inkorporiert wurde und auf diese Weise ein Bestandteil der Verkehrssteuer selbst geworden ist.

Wir haben nun drei Arten der Verkehrssteuer zu unterscheiden:

1. die Frachtsteuer,
2. die Fahrkartensteuer und
3. die Gepäcksteuer.

Bei der Frachtsteuer ist eigentlich eine Erhöhung nicht vorgenommen worden, da der derzeitige Umfang der Steuer — der frühere Umfang war 15 Prozent, der jetzige ist 30 Prozent — weiter nichts als eine Übernahme des Kriegszuschlages in die Steuer selbst ist. Die wirtschaftliche Konsequenz für den Staat wird nun die sein, daß die Möglichkeit für den Staat, diesen Zuschlag einzelnen Bahnen zur Bestreitung erhöhter Betriebskosten selbst zukommen zu lassen, nunmehr entfällt und die gesamte Mehreinnahme nunmehr den Kassen des Staates zufließen wird.

Anderes liegen die Verhältnisse bei der Fahrkartensteuer und der Gepäcksteuer. Bei der Fahrkartensteuer und bei der Gepäcksteuer findet tatsächlich eine Erhöhung statt, und zwar um 50 Prozent des bisherigen Ausmaßes bei den verschiedenen Arten von Bahnen, die hierfür in Betracht kommen: bei den Hauptbahnen von 20 auf 30 Prozent, bei den Lokalbahnen von 10 auf 15 Prozent und bei den Kleinbahnen, soweit sie dieser Steuer überhaupt unterliegen, von 5 auf $7\frac{1}{2}$ Prozent. Analoge Verhältnisse finden auf die Gepäcksteuer Anwendung. Ich habe alle diese Dinge im schriftlichen Berichte, der dem hohen Hause vorliegt, sehr eingehend dargestellt und bitte die Mitglieder des hohen Hauses,

die sich darüber genauer zu unterrichten wünschen, sich dieses schriftlichen Berichtes zu bedienen.

Es ist dann noch dauernd in das Gesetz aufgenommen worden die Beseitigung verschiedener Ausnahmsbestimmungen des alten Fahrkartensteuergesetzes, jenen Ausnahmsbestimmungen, die auf die Beförderung nach dem Militärartarife hingen, jener Ausnahmsbestimmungen, die auf gewisse Lokalbahnen hingen, die in einem gewissen Tarifverhältnisse zu dem Tarife der Hauptbahnen stehen, und neu hinzugekommen ist die Aufhebung der Ausnahmsbestimmungen, die bisher eine Begünstigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses und des Hofstaates in sich schlossen, also eine Erscheinung, die sich aus den Verfassungsgesetzen unseres Staates von selbst und naturgemäß erklärt.

Der Finanz- und Budgetausschuß war im allgemeinen geneigt, der Regierungsvorlage in der Fassung beizutreten, wie sie uns von der Staatsregierung vorgelegt wurde. Es wurde nur über Antrag des Abgeordneten Schiegl eine einzige Änderung daran vorgenommen, und zwar hat es sich darum gehandelt, im § 6, Mlinea 3, den Höchstfuß der anzuwendenden Ordnungstrafe von 10.000 K der Regierungsvorlage auf 20.000 K zu erhöhen, und ich bitte das hohe Haus, auch diesem Abänderungsantrage des Herrn Abgeordneten Schiegl die Zustimmung zu erteilen. Es hatte zwar schon die Regierungsvorlage gegenüber der Kaiserlichen Verordnung eine Erhöhung von 5000 auf 10.000 K vorgenommen, aber diese Erhöhung schien uns den gegenwärtigen valutarischen Verhältnissen noch nicht entsprechend, und so war es eine sehr zeitgemäße Anregung von seiten des Herrn Kollegen Schiegl, hier eine weitere Erhöhung zu beantragen.

Ich glaube, hiemit alles gesagt zu haben, was über das Wesen dieser Gesetzesvorlage zu sagen war, und bitte Sie namens des Finanz- und Budgetausschusses, der vorliegenden Regierungsvorlage und dem Abänderungsantrage Schiegl die Zustimmung zu erteilen (*Bravo! Bravo!*)

Präsident: Es ist niemand zum Worte vorgemerkt, wir schreiten also zur Abstimmung. Da das Gesetz unbestritten ist, kam ich alle Paragraphen unter Einem zur Abstimmung bringen.

Ich ersuche diejenigen Mitglieder, die dem Gesetze ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Mitglieder, welche für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von ihren Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. Gürtler: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte jene Mitglieder, die diesem formalen Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit die sofortige Vornahme der dritten Lesung beschlossen.

Ich ersuche jene Mitglieder, welche das Gesetz auch in dritter Lesung annehmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das Gesetz über die Eisenbahnverkehrssteuern *(gleichlautend mit 600 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen und damit endgültig zum Beschlusse erhoben.

Hohes Haus! Der Ausschuß zur Vorberatung der Kammergesetze hat auf Grund des § 17 G. V. einen Bericht erstattet, mit welchem die Schaffung eines Gesetzes über die Verlängerung der Funktionsdauer der wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern bis 31. März 1920 beantragt wird. Bekanntlich läuft die Funktionsperiode dieser Mitglieder am 31. Dezember 1919 ab und es ist daher eine solche Vorkehrung dringend notwendig.

Über Anregung mehrerer Abgeordneter schlage ich vor, den Bericht des Ausschusses zur Vorberatung der Kammergesetze über die Verlängerung der Funktionsdauer der wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern bis 31. März 1920 *(601 der Beilagen)* auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und mit Ungangnahme von der 24stündigen Auflegung des Ausschußberichtes in Verhandlung zu nehmen.

Ich werde aber den Antrag nur zur Abstimmung bringen, wenn ein Widerspruch nicht erfolgt, denn eine Ergänzung der Tagesordnung im Laufe der Sitzung entspricht dem Gebrauche des Hauses nicht. Solche Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung werden sonst am Beginne der Sitzung beantragt. *(Nach einer Pause:)* Es wird ein Widerspruch nicht erhoben, also lasse ich abstimmen.

Ich ersuche jene Mitglieder, die diesem formellen Antrage ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit im Sinne meiner Anregung beschlossen. Wir können daher sofort in die Debatte eintreten, und ich bitte den Herrn Abgeordneten Partik, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Partik: Hohes Haus! Die Staatsregierung hat der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, demzufolge die Handels- und

Gewerbekammern umgestaltet werden sollen. Da mit Gesetz vom 30. Juli 1919 die Mandatsdauer der Mitglieder der Handelskammern nur bis 31. Dezember 1919 verlängert wurde, tritt die Notwendigkeit ein, die Mandatsdauer abermals zu verlängern. Es wurde daher im Ausschusse von den Abgeordneten Partik, Feinl, Kollmann und Genossen der Antrag gestellt, die Regierung möge die Funktionsdauer der wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammer bis 31. März 1920 verlängern. Dieses Gesetz wurde im Ausschusse beraten und angenommen.

Der Ausschuß zur Vorberatung der Kammergesetze stellt sodann den Antrag:

„Die Nationalversammlung wolle dem angeschlossenen Gesetzentwurf die Zustimmung erteilen.“

Präsident: Wünscht jemand das Wort? *(Niemand meldet sich.)* Es ist nicht der Fall.

Der Herr Berichterstatter macht darauf aufmerksam, daß in der Beilage 601 ein Druckfehler ist. Da heißt es im Artikel 1 *(liest):* „Die Funktionsdauer derjenigen wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern im deutschösterreichischen Staatsgebiet, deren Mandate . . .“ Es soll statt „im deutschösterreichischen Staatsgebiet“ heißen „im Staatsgebiet der Republik Österreich“. Ich bitte also, diesen Druckfehler zur Kenntnis zu nehmen.

Ich schreite zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder, welche beiden Artikeln des Gesetzes ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Nun bitte ich jene Mitglieder, welche für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung beschlossen.

Berichterstatter Partik: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Berichterstatter beantragt die dritte Lesung sofort vorzunehmen. Ich bitte jene Mitglieder, welche diesem Antrage zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Das Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit diesem formellen Antrag seine Zustimmung gegeben und ich schreite zur Abstimmung in dritter Lesung.

Ich bitte jene Mitglieder, die dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz, betreffend die Verlängerung der Funktionsdauer der wirklichen Mitglieder der Handels- und Gewerbekammern bis 31. März 1920 (*gleichlautend mit 601 der Beilagen*), ist auch in dritter Lesung angenommen und damit endgültig zum Beschlusse erhoben.

Über Anregung mehrerer Abgeordneter schlage ich nunmehr vor, noch den Bericht des Justizauschusses über den Antrag der Abgeordneten Skaret und Genossen (*150 der Beilagen*), betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Tilgung der Verurteilung bei militärgerichtlichen Urteilen, und über die Regierungsvorlage (*319 der Beilagen*), betreffend ein Gesetz über die Folgen militärgerichtlicher Verurteilungen (*389 der Beilagen*), auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu stellen und mit Ungangnahme von der 24stündigen Auflegung des Ausschussberichtes in Verhandlung zu nehmen.

Bezüglich dieses Gegenstandes gilt dasselbe, was ich hinsichtlich des früheren Punktes gesagt habe. Wird gegen diesen Vorgang ein Einwand erhoben? (*Nach einer Pause:*) Es ist nicht der Fall.

Ich ersuche diejenigen Mitglieder, welche dem im Grunde des § 37 G. D. gestellten Antrage, daß man in die Verhandlung des Gegenstandes eintrete, ohne daß der Bericht 24 Stunden aufliegt, zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Der formelle Antrag ist mit der nötigen Zweidrittelmehrheit genehmigt und wir treten sofort in die Verhandlung dieses Gegenstandes ein.

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter Polke, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Polke: Hohes Haus! Der Bericht des Justizauschusses betrifft den Antrag der Abgeordneten Skaret und Genossen (*150 der Beilagen*), betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Tilgung der Verurteilung bei militärgerichtlichen Urteilen, und über die Regierungsvorlage (*319 der Beilagen*), betreffend ein Gesetz über die Folgen militärgerichtlicher Verurteilungen.

Das allgemeine Strafrecht hat allerdings schrittweise den modernen Ideen Rechnung getragen, jedoch ist es infolge des Dualismus und der dadurch erwachsenen Streitigkeiten nicht gelungen, beim Militärstrafprozeß den modernen Schritt einzuhalten. Die Vorlage, über die der Justizauschuß berichtet, soll diesem Übelstande Abhilfe schaffen. In einer demokratischen Rechtsordnung geht es nicht an,

daß man zweierlei Staatsbürger schafft, auf der einen Seite Zivilpersonen, auf der anderen Seite Militärpersonen, die durch die gesetzlichen Bestimmungen verschiedenartig behandelt werden. Den Militärpersonen sind bis jetzt die Wohlthaten des Gesetzes vom 21. März 1918, R. G. Bl. Nr. 108, nicht zuteil geworden. Das vorliegende Gesetz will dem abhelfen und eine Gleichberechtigung der Staatsbürger herbeiführen.

Das vorliegende Gesetz nimmt den Antrag Skaret ganz auf. Die vier Artikel, aus denen die Vorlage besteht, sind unwidersprochen geblieben. Es ist bloß im Bericht ein Druckfehler zu berichtigen, und zwar soll es im zweiten Absatz in der sechsten Zeile nicht B₁ und B₁₁, sondern B₁ und B₂ heißen.

Der Justizauschuß ersucht die hohe Nationalversammlung, den vorliegenden Entwurf zum Beschlusse zu erheben.

Präsident: Wünscht jemand das Wort? (*Niemand meldet sich.*) Es ist nicht der Fall.

Da ein Gegenantrag nicht vorliegt, bringe ich die vier Artikel unter Einem zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder, die diesen vier Artikeln ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Ich bitte jene Mitglieder, welche auch für Titel und Eingang des Gesetzes stimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Polke: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Ich bitte jene Mitglieder, welche diesem formalen Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*) Das hohe Haus hat mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschlossen, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich bitte jene Mitglieder, welche dem Gesetze auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. (*Geschicht.*)

Damit ist das Gesetz über die Folgen militärgerichtlicher Verurteilungen (*gleichlautend mit 389 der Beilagen*) auch in dritter Lesung angenommen und somit endgültig zum Beschlusse erhoben.

Ich werde folgende Zuweisungen vornehmen, und zwar:

dem Finanz- und Budgetausschusse:
den Antrag der Abgeordneten Stocker und Genossen, betreffend Schaffung einer Notstandsaktion für die aus den Spitälern entlassenen Invaliden für die Zeit bis zur Zuerkennung der Invalidentpension (360 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Wedra und Genossen, betreffend die Einreihung von Paa an der Thaya in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (371 der Beilagen);

den Antrag der Abgeordneten Wedra und Genossen, betreffend die Einreihung von Mistelbach in die I. Klasse der Aktivitätszulagen der Staatsbeamten (372 der Beilagen);

dem Justizauschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Straffner, Dr. Wutte, Dr. Schürff, Dr. Angerer, Gleissin, Rittinger, Pauly und Genossen, betreffend die Erlassung eines Ausnahmengesetzes zur Abhilfe gegen Wucher, Schleich- und Kettenhandel (373 der Beilagen);

dem Ausschusse für soziale Verwaltung:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Wutte, Dr. Straffner, Dr. Schürff, Pauly, Gleissin, Dr. Angerer und Genossen, betreffend Schutzmaßnahmen gegen die Beschränkung der Arbeitsfreiheit (373 der Beilagen);

dem Sozialisierungsausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Wutte, Dr. Straffner und Genossen, betreffend die Novellierung des Betriebsrätegesetzes vom 24. Mai l. J., Nr. 283 (374 der Beilagen);

dem Verfassungsausschusse:

den Antrag der Abgeordneten Dr. Schürff, Dr. Straffner und Genossen, betreffend das Gesetz über das deutschösterreichische Staatsbürgerrecht vom 17. Oktober 1919 (376 der Beilagen);

Ferner hat der Ausschuss für soziale Verwaltung an das Haus das Ersuchen gerichtet, den ihm zugewiesenen Antrag der Abgeordneten Thanner und Genossen, betreffend die Ausführung von Notstandsbauten in Steyr (132 der Beilagen), dem Ausschusse für Verkehrswesen zuzuwiesen, der dafür zuständig ist.

Wird dagegen eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Ich werde also den letztgenannten Antrag dem Ausschusse für Verkehrswesen zuweisen.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung, das ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die

Vorlage der Staatsregierung (517 der Beilagen), betreffend das Gesetz über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. Juni 1920 (341 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Gürtler. Ich bitte ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler: Hohes Haus! Mit Nr. 517 der Beilagen beansprucht die Staatsregierung von der Nationalversammlung die Bewilligung eines halbjährigen Budgetprovisoriums. Nun mag es ja immerhin auffallend erscheinen, daß in einem Staate, dessen Verwaltung dringender als die irgend eines anderen Staates der zahlenmäßigen Grundlage eines Budgets bedürfte, von seiten der Regierung ein Budgetprovisorium angesprochen wird.

Aber wenn man an den Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens, wenn man an den Erscheinungen der Gegenwart nicht blind vorübergeht, wenn man Verständnis für die furchtbare Lage hat, in der wir uns befinden, so verwandelt sich dieser scheinbare Widerspruch in eine selbständige Forderung, die sich aus unserer gegenwärtigen Lage ergibt; denn feststehen muß das eine: Wenn dieses hohe Haus einmal in die Beratung eines ordentlichen Staatsvoranschlages eintreten wird, so muß das ein Staatsvoranschlag sein, dessen Ziffern eine gewisse Festigkeit, dessen Ziffern eine gewisse Widerstandsfähigkeit besitzen, ein Staatsvoranschlag, der es der Voraussicht des Staatsamtes für Finanzen ermöglicht, auch für unvorhergesehene Fälle Vorjorge zu treffen, ein Staatsvoranschlag, an dessen Rahmen sich dann das Haus, das ihn bewilligt hat, festzuhalten hätte, dessen Rahmen das Haus selbst nicht überschreiten dürfte, um nicht auf diese Art und Weise das von ihm selbst geschaffene Werk zu gefährden, die von ihm selbst geschaffene Ordnung des Staatshaushaltes und der Verwaltung zu erschüttern.

Nun müssen wir uns aber die Frage vorlegen: wäre es auch einem Staatsamte, das ein Maximum an Voraussicht prästieren würde, wäre es einem Hause, das bei seinen Beratungen von einer geradezu übermenschlichen Weisheit erfüllt wäre, überhaupt möglich, unter den gegenwärtigen Verhältnissen zahlenmäßige Grundlagen zu erstellen, von denen man sagen könnte, sie sind hieb- und stichfest, sie können durch all das, was nach menschlicher Voraussicht vorhergesehen werden kann, nicht erschüttert werden, Haus und Regierung können diese Zahlen zur Grundlage einer geordneten Verwaltung dieses Staates machen und vereinbaren sich gewissermaßen dahin, von diesen zahlenmäßigen

Grundlagen der Verwaltung nicht abzugehen? Wenn wir uns diese Frage ernsthaft vorlegen und wenn wir an der Hand dieser Frage unsere gegenwärtige Lage eingehend prüfen, so müssen wir schließlich und endlich, so schmerzlich diese Erkenntnis auch sein mag, dahin gelangen, diese Frage gegenwärtig mit einem entschiedenen „Nein!“ zu beantworten.

Ich bin Ihnen nun die Ursachen schuldig, die mich und den Budgetausschuß zu diesem Nein geführt haben. Die Ursachen liegen in den ungeheuer schwierigen Verhältnissen auf dem Gebiete unserer Valuta.

Sie wissen, daß unser Staat nicht imstande ist, auch bei größtem Fleiße im eigenen Lande jene Lebensmittel zu erzeugen, die zur Ernährung seiner Bevölkerung notwendig sind. Die ungeheure Not in unserem Staate spricht darüber deutlicher als es statistische Feststellungen von größter Vollkommenheit zu sprechen vermöchten. Wir sind ja in unseren Ansprüchen an das Dasein schon so bescheiden geworden, daß eine weitere Zurückschraubung dieser Daseinsansprüche mit einer Fortfristung der Existenz überhaupt nicht mehr vereinbar ist.

Aber selbst um dieses Minimum an Daseinsansprüchen befriedigen zu können, sind wir darauf angewiesen, zur eigenen Erzeugung von Lebensmitteln Zuschüsse aus dem Auslande hinzuzufügen. Diese Zuschüsse aus dem Auslande werden nun in einem ständigen Zusammenhange mit dem Stande unserer Valuta stehen. Und wenn wir über das Ausmaß dieser Zuschüsse, über die Menge der Lebensmittel, die erforderlich sind, um unser Leben weiter zu fristen, noch so genaue Aufstellungen haben und wenn wir uns an den auf diese Art und Weise entworfenen Wirtschaftsplan noch so genau halten, alle Überschreitungen vermeiden, kein Gramm Getreide und kein Gramm Fleisch mehr verzehren als in diesem Wirtschaftsplane vorgeschrieben ist, so ergibt sich daraus doch noch lange nicht eine genaue zahlenmäßige Grundlage für die Erstellung des Budgets, denn wir müssen diese Lebensmittel in ausländischer Valuta bezahlen. Das Verhältnis unserer Valuta zur ausländischen Valuta ist ein derartig instabiles und Erscheinungen ausgesetzt, die wir nur in einem sehr geringen Maße zu beeinflussen vermögen, daß es auch einem an Voraussicht reichsten Staatssekretär der Finanzen nicht möglich wäre, für diesen, sagen wir, quantitativ an sich feststehenden Bedarf an Lebensmitteln einen zahlenmäßigen Ausdruck in österreichischen Kronen zu finden. Und wir sind doch nach der gegenwärtigen Gesetzeslage gezwungen, unser Budget auf österreichische Kronen abzustellen.

Nun kommt zur verzweifeltsten Lebensmittelsituation noch ein weiterer ungeheurerlicher Notstand hinzu. Unsere Industrie, die in der Lage wäre, sich durch ihrer Hände Fleiß selbst zu ernähren, ist

lahmgelegt, denn es fehlt der Industrie das schwarze Blut, das durch die Adern der Industrie pulstieren muß, wenn sie Werte schaffen soll. Wir haben keine Kohle. Was nützt unser Arbeitswille, was nützt die Fähigkeit unserer Unternehmer und Arbeiter, was nützen die Maschinen, die wir in unserem Staate haben, wenn wir nicht in der Lage sind, diesem Körper das Leben einzuflößen, dessen er bedarf, um im Dienste unserer Volkswirtschaft ein wirksamer Faktor werden zu können. Wir haben diese Kohle nicht und wir sind auch bezüglich unseres Bedarfes an Kohle auf Sendungen aus dem Auslande angewiesen. Und wenn wir nun auch in der Lage wären, ein ganz genaues Kohlenbudget festzustellen, und wenn wir in der Lage wären, uns ganz genau darüber Rechenschaft zu geben, wieviel Kohle wir brauchen, wenn wir unsere Ansprüche an Kohle für den Privatbedarf auf ein Minimum herabsetzen würden . . . wir brauchen das ja nicht mehr zu tun, wir haben es bereits getan, denn die Zahl der Herde in Österreich, auf denen noch die Herdflamme flackert, die den Mittelpunkt des Hauses bilden soll, ist klein geworden, wir sitzen in ungeheizten Wohnungen, haben kalte Küchen, in denen keine Lebensmittel mehr erzeugt werden können, weil uns der Küchenbrand fehlt. Wir haben auch auf diesem Gebiete unsere Ansprüche in einem Maße herabgesetzt, die mit dem allgemeinen Begriff mitteleuropäischer Zivilisation schon nahezu unvereinbar sind. Und selbst wenn wir die bewundernswerte Geduld unserer Bevölkerung hier bis an die Grenze des Erträglichen in Anspruch nehmen, wenn wir noch so geringe Quantitäten von Kohle verbrauchen, so sind wir auch mit diesen kleinsten Quantitäten von Kohle darauf angewiesen, sie zum größten Teile aus dem Auslande zu beziehen. Und hier ergibt sich nun derselbe Fall wie bezüglich der Lebensmittel. Das genaueste Kohlenbudget wird bei größter Voraussicht des Staatsamtes für Finanzen nicht einen zahlenmäßigen Ausdruck finden können in österreichischen Kronen, da die Situation der Krone auf dem Weltmarkt eben eine derartige ist, daß eine genaue Erstellung von Ziffern als vollständig ausgeschlossen zu betrachten ist. Hier wird unsere Notlage eine geradezu tragische, denn sie nimmt uns die Mittel, deren wir am dringendsten bedürfen würden, um dieser Notlage durch eigene Kraft, durch eigenen Arbeitsfleiß wieder ein Ende zu machen.

Aber unserer Industrie ermangelt nicht nur die Kohle, wir ermangeln auch der Rohstoffe zur Belebung der Industrie. Und auch hier sind wir auf eine Mitwirkung des Staates angewiesen, auch hier sind wir angewiesen auf einen ungeheuren Bedarf an auswärtigen Rohstoffen. Und was ich für Kohle und Lebensmittel gesagt habe: Wenn wir den quantitativen Bedarf an diesen Rohstoffen noch

so genau feststellen, wenn wir noch so genau bilanzieren würden, so werden wir doch bei aller Voraussicht auch nicht in der Lage sein, in österreicherischen Kronen hierzu einen halbwegs zuverlässigen zahlenmäßigen Ausdruck zu finden.

Nun kompliziert sich aber unsere ganze Lage dadurch, daß wir ja den Kredit im Auslande in Anspruch nehmen müssen. Wir sind gar nicht in der Lage, mit realen österreicherischen Kronen zu zahlen. Das Ausland muß uns im Kreditweg ausländische Zahlungsmittel zur Verfügung stellen, um unseren Bedarf an ausländischen Gütern zu decken. Nun ist es eine Selbstverständlichkeit, daß derjenige, der Kredit beansprucht, demjenigen, der Kredit gewährt, seine Bücher vorlegt, um darzutun, wieweit er kreditwürdig ist. Das Buch eines Staates in diesem Sinne ist sein Budget und wir befinden uns daher unseren künftigen Gläubigern gegenüber in einer doppelt unangenehmen Lage, da wir eigentlich vor allem gewisse Anhaltspunkte dafür gewinnen müßten, in welchem Umfange, in welchem Maßstabe sie uns zu Hilfe kommen wollen, um dann daraus die Anhaltspunkte zu gewinnen, die uns die Erstellung eines wirklich zuverlässigen Budgets, eines wirklich zuverlässigen Staatsvoranschlages ermöglichen. Es ist das eine tragische Komplikation, aus der ein Ausweg nur gefunden werden kann, wenn diejenigen die uns Kredit gewähren, ein wirklich richtiges Verständnis für die gegenwärtige Notlage dieses Staates aufbringen und wirklich das Bestreben haben, diesem Staate wieder die Mittel in die Hand zu geben, aufzuhören, Bettelpensionäre der Entente zu sein, und ein Lebewesen zu werden, das sich durch eigene Kraft und durch eigene Tüchtigkeit erhält; ein Wunsch, der gewiß in allen Kreisen der Bevölkerung auf das lebhafteste geteilt wird, denn wir haben absolut nicht das Verlangen, balkanisiert zu werden.

Das sind die Gründe der Regierung, es gegenwärtig zu unterlassen, dem Hause ein Budget vorzulegen, das wirklich eine zahlenmäßige Grundlage für die Führung unseres Staatshaushaltes und die Führung unserer Verwaltung bilden könnte.

Es besteht daher, vom Standpunkte des hohen Hauses aus gesehen, gar keine Veranlassung, der Regierung dieses Budgetprovisorium zu verweigern. Wir haben die Dauer dieses Budgetprovisoriums im Finanz- und Budgetausschuß in dem von der Regierung verlangten zeitlichen Umfang von sechs Monaten angenommen. Ich kann aber hier namens des Finanz- und Budgetausschusses erklären, daß wir diese Frist von sechs Monaten keinesfalls als parlamentarische Schonzeit betrachten wollen, in der sich das Haus unbedingt seiner wichtigsten Pflicht, der ordentlichen Beratung des Budgets, entziehen will. Es ist ja heute auch

in diesem Sinne die Gewährung eines Budgetprovisoriums nicht mehr derart eine Vertrauensfrage wie zur Zeit der Monarchie, als dem Parlament eine von der Krone eingesetzte Regierung gegenüberstand. Es kann ja bei unserer gegenwärtigen Verfassung eine Regierung immer nur ein Exekutivkomitee der Mehrheit des Hauses sein und es stehen dem Hause so viele parlamentarische Mittel zur Verfügung, eine ihm mißliebige Regierung durch eine andere zu ersetzen, daß es hierzu einer kurzen Frist des Budgetprovisoriums gar nicht bedarf.

Der Finanzausschuß hat daher auch einen Abänderungsantrag des Abgeordneten Dr. Waber, das Budgetprovisorium mit drei Monaten zu befristen, abgelehnt, und hat den § 1 in der ursprünglichen Fassung der Vorlage der Staatsregierung aufrecht erhalten. Nicht genötigt ist die Regierung, in dem Budgetprovisorium selbst eine Ermächtigung zur Inanspruchnahme von Krediten anzupprechen, weil für das gegenwärtige Kreditbedürfnis von Seiten der Nationalversammlung schon mit dem Gesetze vom 21. November 1919, St. G. Bl. Nr. 530, Vorkehrung getroffen wurde. Aufgenommen ist in das Budgetprovisorium nur die Verpflichtung des Staatsamtes für Finanzen, über die Verwendung der auf Grund dieses Ermächtigungsgesetzes flüssig gemachten Kredite und über den Umfang der Inanspruchnahme dieses Kredites dem Hause vierteljährlich Bericht zu erstatten.

Weiters enthält das Budgetprovisorium noch eine Ermächtigung für das Staatsamt für Finanzen, in einem gewissen Umfang über unbewegliches Staatseigentum zu verfügen. Diese Ermächtigung ist nur dort nicht zahlenmäßig begrenzt, wo es sich darum handelt, unbewegliches Staatseigentum, das bisher Objekt der Kriegswirtschaft war, wieder in die Friedenswirtschaft hinüberzuführen. Weite Kreise der Bevölkerung haben das größte Interesse daran, daß der kriegswirtschaftliche Betrieb wieder in den allgemeinen Kreislauf des Wirtschaftslebens eingefügt wird, und es besteht daher gar kein Bedenken, die Ermächtigung ohne Begrenzung auf eine bestimmte Zahl dem Staatsamt für Finanzen zu erteilen.

Schließlich wird im § 4 der Vorlage das Staatsamt für Finanzen noch ermächtigt, alle jene Vorkehrungen zu treffen, die notwendig sind, um die Elektrifizierung des Betriebes unserer Staatsbahnen durchzuführen. Es besteht ein weitgehendes wirtschaftliches und staatliches Interesse daran, daß diese Aktion nicht verzögert wird, wenn sich irgend eine Möglichkeit bietet, sie in die Wege zu leiten. Da aber die Vorarbeiten für eine derartige Aktion unter Umständen einen größeren Zeitraum in Anspruch nehmen können, ist es vollkommen zweckentsprechend, schon jetzt der Regierung die Möglichkeit zu geben, sich mit der Realisierung von Projekten zur Be-

friedigung dieses uns so sehr drängenden Bedürfnisses zu beschäftigen.

Wir werden in wenigen Minuten hören, was der Herr Staatskanzler uns über die Ergebnisse seines Pariser Aufenthaltes zu berichten in der Lage sein wird. Bangen Herzens wartet die Bevölkerung auf die Mitteilungen, die wir aus dem autoritativsten Munde vernehmen werden. Aber selbst, wenn diese Mitteilungen noch so günstig/sein sollten, müssen wir uns doch darüber im klaren sein, daß die Wirkungen, die eintreten würden, nicht plötzlich eintreten, daß auch eine Verbesserung unserer Lage eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen würde und daß daher auch aus diesem Grunde, selbst wenn man dem weitestgehenden Optimismus huldigen wollte, es notwendig sein wird, der Regierung diese Ermächtigung zur Fortführung des Staatshaushaltes zu erteilen, damit kein gefehrwidriger Zustand eintritt und damit auch erkannt werde, daß hinter der Regierung, die gegenwärtig die Geschäfte des Staates führt, der entschlossene Wille der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses und mit der überwiegenden Mehrheit dieses Hauses der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung steht.

Weiters möchte ich noch sagen, daß durch die Bewilligung eines sechsmonatigen Budgetprovisoriums dem parlamentarischen Rechte der Opposition, an den Handlungen und an dem Vorgehen der Regierung Kritik zu üben, kein Eintrag getan wird. Es bietet sich auch außerhalb des Rahmens einer Budgetdebatte bei sonstigen Anlässen reichlich Gelegenheit, Kritik an der Regierung zu üben, wenn das Bedürfnis nach einer derartigen Kritik vorhanden ist, und es sind die diesbezüglichen geheiligten parlamentarischen Rechte der Opposition sicher noch nicht in irgendeiner Art und Weise verkürzt worden.

Aus allen diesen Gründen bitte ich Sie namens des Finanz- und Budgetausschusses, dem Gesetze, womit die Staatsregierung zur Führung des Staatshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. Juni 1920 ermächtigt wird, ein Gesetz, das der Finanz- und Budgetausschuß in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen hat, Ihre Zustimmung zu erteilen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident **Hausler** *(der während vorstehender Rede den Vorsitz übernommen hat)*: Ich eröffne die Debatte. Mit Zustimmung des hohen Hauses werde ich die General- und Spezialdebatte unter Einem abführen. *(Nach einer Pause:)* Es wird keine Einwendung dagegen erhoben.

Zum Worte ist der Herr Staatskanzler gemeldet; kontra sind die Herren Dr. Schönbauer und Wedra gemeldet.

Ich erteile dem Herrn Staatskanzler das Wort.

Staatskanzler Dr. **Renner**: Hohes Haus! Im Namen der Abordnung des Kabinettsrates, die unter meiner Führung nach Paris entsendet worden ist, um dem Obersten Räte unsere Lage vorzutragen, beeile ich mich, dem hohen Hause Bericht zu erstatten, und benütze dabei die Gelegenheit der Budgetdebatte, in deren Rahmen ein solcher Bericht auch gehört.

Ich darf kurz vorausschicken: In einer Hinsicht ist das Ergebnis dieser Reise ein voller Erfolg, und zwar in politischer Hinsicht. Der Krieg hat eine Kluft zwischen den Völkern geschaffen, der Krieg hat Länder, Städte und Menschen einander entfremdet. Unter dieser Entfremdung haben wir furchtbar gelitten. Es war uns in St. Germain nicht möglich, persönlich und mündlich zu unterhandeln und unsere Sache vorzutragen, es war uns auch nachher kein anderer Weg gegeben, als der der Noten und der schriftlichen Vorstellungen.

Nun endlich ist diese Kluft einmal überbrückt und ich kann feststellen, daß die Aufnahme, die wir in Paris gefunden haben, eine außerordentlich freundliche und wohlwollende war. Ich kann feststellen, daß der größte Teil der Empfindlichkeiten, die durch den Krieg hervorgerufen wurden, heute überwunden ist.

In anderer Hinsicht, in bezug auf das materielle Ergebnis, bringt unsere Reise nur einen Teilerfolg, nur den Anfang des Erfolges und ich werde mir im einzelnen darzutun erlauben, inwiefern Sie schon jetzt mit den Ergebnissen zufrieden sein können, inwiefern die Reise selbst die Hoffnung auf künftige günstigere Resultate einschließt. Jedenfalls hat unsere Regierung in einer Zwangslage gehandelt; es war ganz unmöglich, durch Vorstellungen, die hier in Wien erhoben wurden, oder durch Vorstellungen, die im schriftlichen Wege an den Obersten Rat, geleitet wurden, die volle Gefahr darzulegen, in der sich unser Volk befindet, und dem so viel glücklicheren Westen klarzulegen, daß wir, er selbst und die ganze Zivilisation durch eine namenlose Katastrophe bedroht sind, die sechs- bis sieben Millionen Menschen unmittelbar zugrunde zu richten und zu verderben droht.

Wir haben den Empfang in Paris eingeleitet, wir haben die Gesandten, die hier im Namen der hohen Mächte tätig sind, gebeten, uns den Weg zu bahnen; sie haben das getan, sie haben uns alle Tore in Paris eröffnet und von dieser Stelle aus sage ich den in Wien tätigen Missionen der hohen Mächte meinen Dank dafür, daß sie unser Kommen so gut eingeleitet haben.

Am meisten überrascht wären wir durch die Aufnahme, die wir in der französischen Öffentlichkeit, in der französischen Presse gefunden haben. Die Pressestimmen aller Richtungen, aller Parteien, aller Färbungen, diese Presse ohne Ausnahme hat uns

gehört, wir waren in wenigen Stunden in Verbindung mit den Hauptorganen der französischen öffentlichen Meinung und wir danken dies einer Einrichtung, die in unserem diplomatischen Dienste neu ist, die hier zum erstenmal Gelegenheit hatte, sich zu bewähren, der Einrichtung unserer Presse-attachés.

Ich muß gestehen, daß ich durch das einmütige Zusammenstimmen der ganzen Presseorgane geradezu ergriffen war. Die französische Presse hat sofort verstanden, daß uns zu helfen nicht mehr in erster Linie eine Sache der Politik ist, sondern in erster Linie eine Sache der Menschlichkeit, der Humanität und der menschlichen Zivilisation; sie hat unsere Bitten und unsere Vorstellungen auch so aufgefaßt und hat unser Verlangen nach unmittelbarer und dauernder Hilfe — ich kann nicht anders sagen — als mit Elan unterstützt. Auch ihr gebührt unser Dank.

Waren wir also so gut aufgenommen, so traf uns gleich am ersten Tage eine unangenehme Nachricht. Der Oberste Rat war plötzlich nach London übersiedelt. Der Präsident des Obersten Rates, Clemenceau, der englische Vertreter in der Friedenskonferenz, der amerikanische Gesandte, der italienische Gesandte und Vertreter in der Friedenskonferenz waren in London. Wir konnten also nicht sofort unsere Sorgen anbringen und es war ganz ungewiß, wann diese Beratungen in London ihr Ende finden werden. Wir waren bestürzt, als wir hörten, daß bei der Überfahrt der Präsident des Obersten Rates einen nicht unbedenklichen Unfall erlitten habe. Wir mußten fürchten, daß dadurch die Verhandlungen neuerdings hinausgeschoben würden. Nun hatten wir allerdings darin vorgesorgt, daß wir schon von Wien aus ersucht hatten, es möge zuerst die Reparationskommission unser Anbringen vernehmen, möge unsere Forderungen prüfen und dann an den Obersten Rat Bericht erstatten. Wir kamen auf diese Weise wenigstens sofort in der Reparationskommission zu Wort. Schon am Nachmittag unserer Ankunft trat die Reparationskommission zusammen und wir hatten nun Gelegenheit, vor dieser Sachkörperschaft unsere Sache zu führen.

Ich habe dort die allgemeinen Zusammenhänge unserer Volksernährung und unserer Staats- und Volkswirtschaft dargelegt, der Herr Staatssekretär für Volksernährung hat unsere Ernährungslage im einzelnen geschildert und der Herr Staatssekretär für Finanzen hat den finanziellen Stand, die Notwendigkeit einer Kredithilfe vor der Reparationskommission klargelegt. Die Reparationskommission hat uns bereitwilligst angehört und sofort unsere Berichte zum Gegenstand eines eingehenden Studiums gemacht, um dem Obersten Rate nach seinem Zusammentritte sofort Bericht zu erstatten. Endlich kam Clemenceau zurück, und ich muß tat-

fächlich bekennen, daß ich in der freudigsten Weise überrascht war, sofort nach der Rückkehr Clemenceaus die Einladung vorzufinden, ihn in seiner Privatwohnung zu besuchen.

Ich hatte Gelegenheit, zunächst dem Präsidenten vorgestellt zu werden, und habe, getreu dem Beschlusse unseres Kabinettsrates und dem Willen unserer ganzen Bevölkerung, zunächst die eine Sache der Ernährung und der notwendigen Kredite vorzutragen und alles andere zurückzustellen, mich darauf beschränkt, ihm unsere Lage vorzutragen und ihn zu bitten, als Präsident des Obersten Rates die Sitzung sofort einzuberufen und seinen mächtigen Einfluß im Rate zu unseren Gunsten walten zu lassen. Ich kann diesem außerordentlichen Manne, der trotz seines Unfalles sofort diese Angelegenheit aufgegriffen hat, um die Sitzung des Obersten Rates sofort auf den nächsten Tag anzuberaumen, nicht anders als meine menschliche und politische Bewunderung zollen.

Am nächsten Tage trat der Oberste Rat in der Privatwohnung Clemenceaus zusammen. Weil der Raum zu eng war, weil in diesem Raum außer dem Obersten Rate und seinen unmittelbaren Mitarbeitern nur mehr zwei Plätze frei waren und nur für zwei Personen die Möglichkeit, in den Raum einzutreten, bestand, konnte ich nur im Gefolge eines Mannes, der als Übersetzer fungierte, vorsprechen.

Ich habe dem Obersten Rate in einer Rede, die auch hier publiziert worden ist, meine Bitten vorgetragen. Im Namen des Obersten Rates eröffnete nun der Vorsitzende des Organisationskomitees der Reparationskommission, daß der Oberste Rat schon Beschluß gefaßt und in fünf Punkten seine Meinung zusammengefaßt habe. Zunächst sei als unmittelbare Hilfe die Verfügung getroffen worden, daß die 30.000 Tonnen Brotfrucht, welche in Triest liegen, uns sofort zur Verfügung gestellt werden. Im Laufe der Verhandlungen ergab sich, daß man auch daran denke, eine weitere Reserve von 20.000 Tonnen aufzubringen und sie uns zuzuweisen. Zweitens hat der Oberste Rat sich entschlossen, dem jugoslawischen Königreiche eine Kredithilfe zu gewähren, diese Kredithilfe aber an die Bedingung zu knüpfen, daß der abgeschlossene Vertrag in der Form erfüllt werde, daß die jugoslawische Regierung die Ententekredite in dem Maße zur Verfügung erhält, als die Lieferungen Jugoslawiens an uns vollzogen werden. Das sind die nächsten Vorfragen für die Deckung unseres unmittelbaren Lebensbedarfes.

Um unserer Finanzverwaltung die Möglichkeit zu geben, sich zu rühen, einige ausländische Valuta sich selbst zu beschaffen und damit auch in dem bescheidenen Maße, als es uns möglich ist, auf die Stabilisierung unseres Kronenkurses hinzuwirken, hat

der Oberste Rat drittens beschlossen, das Tabakmonopol, das wie alle Dinge bei uns, wie alles öffentliche Vermögen auf Grund des § 107 des Friedensvertrages mit einem Pfandrechte der Entente belastet ist, freizugeben, sodaß wir durch die Belehnung desselben oder durch anders geartete Verfügungen über dasselbe uns einen Kredit sicherzustellen vermögen.

Weiters hat uns der Oberste Rat — und das ist der vierte Punkt seiner Entschlüsse — mitgeteilt, daß er an alle beteiligten Mächte die Anfrage gerichtet habe, welche weiteren Aktiven uns zur freien Disposition überlassen bleiben sollen, daß nur noch von wenigen Mächten die Antwort ausständig sei und daß mutmaßlich innerhalb zweier oder dreier Tage die Entscheidung auch in dieser Frage vom Obersten Rat getroffen und hinausgegeben werden könne.

Diese vier Maßnahmen sind jene, die der Oberste Rat zunächst ins Auge gefaßt hat. Er hat noch hinzugefügt, daß über den vom Staatssekretär Loewenfeld-Ruß und Staatssekretär Reisch vorgelegten Ernährungs- und Finanzplan, der die ganze Wirtschaftsperiode bis zur nächsten Ernte umfaßt, daß über dieses unser Programm der Oberste Rat in besonderen Sitzungen Beschluß fassen wird, und er hat uns diese Beschlußfassung binnen zehn bis vierzehn Tagen in Aussicht gestellt.

Auf Grund der Eröffnungen des Ministers Voucheur habe ich sofort das Wort erbeten und habe zu den einzelnen Punkten Stellung genommen. Es sei mir jetzt erlassen, das punktweise zu erörtern, ich möchte mir auf den fünften Punkt eingehen. Ich habe vor dem Obersten Rat mit allem Nachdruck klargelegt, daß uns die augenblicklichen Aushilfen immer nur ein Leben von der Hand in den Mund, ein Leben von Tag zu Tag möglich machen, daß die Aufwendungen, die zu diesem Zwecke gemacht sind, wie notwendig sie seien, dennoch unsere Lage im ganzen nicht bessern können, dennoch den Zustand nicht beheben, daß wir uns allmählich selbst aufzehren; daß wir deshalb den größten Nachdruck legen müssen auf eine dauernde, systematische Abhilfe, auf eine Abhilfe, welche uns nicht nur Tag für Tag das Brot vorsorgt, sondern uns in den Stand setzt, selbst zu arbeiten, selbst unser Brot zu verdienen und aus eigener Kraft unsere Verpflichtungen dem Auslande gegenüber zu erfüllen. Die Worte, die daraufhin von Voucheur und Clémenceau gesprochen wurden, lassen erkennen, daß der Oberste Rat diese unsere Absichten begreift und würdigt und daß er uns darin unterstützen will. Und dahin lautet eben der Beschluß, daß binnen eines Zeitraumes von vierzehn Tagen über das gesamte Ernährungs- und Kreditprogramm, das

der Reparationskommission vorgelegt worden ist, die Entscheidung werde getroffen werden.

Bei dieser Beratung im Obersten Rate wurde über ein anderes Thema überhaupt nicht gesprochen. Es ward insbesondere der Vorarlberger Frage keine Erwähnung getan. Ich muß das hervorheben, weil in diesem Punkte einige Zweifel laut geworden sind. Bei der vorangehenden Vorstellung beim Präsidenten Clémenceau habe ich mich auf die Vertretung unserer Ernährungs- und Kreditinteressen beschränkt. Clémenceau selbst hat die Rede auf Vorarlberg und insbesondere auf den eben nach Paris gemeldeten Beschluß des Tiroler Landtages gebracht und hat erklärt, daß diese Frage schon beim Obersten Rate anhängig sei, daß der Oberste Rat darüber Beschluß fassen werde.

Ich habe nun den Präsidenten Clémenceau gebeten, wenn es irgend möglich sei, die Beschlußfassung des Obersten Rates aufzuschieben, denn ich möchte nicht, daß der Oberste Rat entscheide, ohne auch den anderen Teil gehört zu haben. Ich habe dem Präsidenten mitgeteilt, daß ich vor habe, das Anbringen des Landes Vorarlberg mit einer Geleitnote der österreichischen Regierung dem Obersten Rate zu unterbreiten und daß ich Wert darauf legen würde, wenn der Oberste Rat erst, nachdem er beide Teile gehört hat, entscheide.

Ich habe, als bei der Vollziehung des Obersten Rates am nächsten Vormittag der Vorarlberger Frage keine Erwähnung geschah, angenommen, daß meinem Wunsche entsprochen sei. Aber an demselben Nachmittag lasen wir in einer Abendzeitung, daß der Oberste Rat auch über Vorarlberg entschieden habe. Und am nächsten Vormittag um 10 Uhr erschien bei mir in der Wohnung ein Beamter des Obersten Rates und übergab mir eine Note, die er damit einbegleitete, daß er feststellte, der Oberste Rat habe sich spontan mit der Angelegenheit der territorialen Integrität der Republik Österreich befaßt und sich veranlaßt gesehen, um diese territoriale Integrität über allen Zweifel hinaus festzustellen, diese Note an uns zu richten und öffentlich kundzumachen. Sie kennen den Inhalt dieser Note, der ja inzwischen auch bei uns gemeldet worden ist. Diese Note stellt fest, daß die Gebietsabgrenzung, wie sie in St. Germain vollzogen wurde, sowohl im Westen als auch im Osten unseres Staates unabänderlich ist und daß alle Abfallsbewegungen insolgedessen vom Obersten Rat verurteilt werden.

Diese Entscheidung ist sicherlich für unser Staatswesen von großer Wichtigkeit. Wir haben niemals den einzelnen Bewegungen der Länder, in der allgemeinen Katastrophe vielleicht da und dort einen Ausweg zu suchen oder in einem höheren Grad von Selbständigkeit vielleicht eine Erleichterung ihres Loses zu erblicken, wir haben, sage ich, diesen Bewegungen und Auffassungen gegenüber

niemals den Standpunkt der blinden Verurteilung oder der Repression vertreten. Wir haben auch Vorarlberg gegenüber erklärt, daß es den Weg zum Völkerbund immer offen habe, und ich war gern bereit, einer Eingabe der Vorarlberger Landesregierung oder des Vorarlberger Landtages, die sich an den Völkerbund, an den Obersten Rat richtete, den Weg zu bahnen und freizumachen. Denn ich halte dafür, daß ein physischer Zwang über einen Teil der Bevölkerung niemals darnach angetan ist, die Anhänglichkeit dieser Bevölkerung an das Staatswesen, dem sie angehört, zu erhöhen und zu vermehren.

Wenn diese Note nun entschieden hat, daß die territoriale Integrität der Republik Österreich festgehalten werden müsse, so folgt daraus für uns eine gewisse innere Entspannung. Wir wissen alle miteinander, sowohl die Regierung als die einzelnen Länder wissen es, woran wir sind. Und wir alle sind davon abgehalten, Gedanken nachzuhängen, die unfruchtbar sind, Bemühungen aufzubringen, die kein Ergebnis haben können, und durch diese Ablenkung auf unerfüllbare Ziele hin uns selbst zu hindern, alle Kraft zusammenzufassen, um vereint die schwere Krise zu überstehen, die über uns gekommen ist.

Ich halte also dafür, daß durch diese Entscheidung des Obersten Rates, die wir, wie ich neuerlich feststelle, weder in dieser Art noch in diesem Umfange, noch zu diesem Zeitpunkt provoziert haben, eine gewisse innere Beruhigung geschaffen worden ist.

Nachdem der Oberste Rat nun in der Ernährungsfrage seine Entscheidung getroffen hatte, mußte daran gegangen werden, diese Entscheidung in die Praxis umzusetzen, denn die Durchführung dieser Entscheidung obliegt der Reparationskommission, obliegt den Unterkommissionen, die hier in Wien eingesetzt sind, und obliegt den einzelnen Staaten, die an die Willensmeinung des Obersten Rates in dieser oder jener Weise gebunden sind. Infolgedessen kam nun alles darauf an, das Ergebnis in den einzelnen Sitzungen der Reparationskommission zu verfolgen. Es trat nun am 17. Dezember unter dem Voritze des Generals Maucière die Kommission zusammen, um die Kohlen- und Eisenbahnfragen zu behandeln. An dieser Sitzung nahmen von unserer Seite die Vertreter des Staatsamtes für Verkehrswesen, des Staatsamtes für Handel und des Staatsamtes Äußeres teil. Der Oberste Rat hatte auch die in Paris ständig anwesenden Vertreter Polens und der Tschecho-Slowakei hierzu geladen. Es war also die Möglichkeit gegeben, den wahren Sachverhalt und die wahren Schwierigkeiten bei der Verzögerung in den Lieferungen festzustellen. Von dieser Kommission wurde an die tschecho-slowakische Regierung das Ersuchen

gerichtet, für die nächsten zehn Tage je 750 Waggons zu liefern an Stelle der im Durchschnitt etwa 450 Waggons betragenden Anzahl, die geliefert wird.

Um den Kohlenverkehr zu regeln, wurde weiters festgesetzt, daß am 22. Dezember in Prag eine gemischte Kommission, bestehend aus Fachmännern der Tschecho-Slowakei und der Republik Österreich zusammentritt und unter dem Voritze der Ententevertreter daran schreitet, den Pendelverkehr in Kohlenzügen zwischen dem Ostrauer Revier und Wien einzurichten. In der Tat ist die spezielle Widmung einer bestimmten Anzahl von Zuggarnituren für den Verkehr zwischen Wien und Mährisch-Ostrau das einzige Mittel, um die regelmäßige Belieferung Wiens mit Kohle zu garantieren. Wir alle erinnern uns, daß ein solcher Pendelverkehr in Friedenszeiten tatsächlich immer bestanden hat, und wir meinen, daß es, wenn die interalliierte Verkehrskommission in Wien diesen Pendelverkehr überwacht und die für diesen Pendelverkehr gewidmeten Waggons immer für ihre Bestimmung erhält, denkbar sein wird, die Kohlenversorgung in regelmäßige Bahnen zu lenken. Wir wissen, daß die Vertreter der hohen Mächte in Wien an dieser Sitzung vom 22. d. M. ein lebhaftes Interesse nehmen und an der Prager Konferenz teilnehmen werden.

Weiters haben wir bei dieser Sitzung der Reparationskommission selbst gebeten, daß die in Aussicht genommene interalliierte Kommission zur Lösung der Verkehrsfragen in Wien möglichst rasch ihre Arbeiten aufnehmen.

Wir haben ferner in der Reparationskommission nach vorangegangenen Verhandlungen im französischen Verkehrsministerium durchgesetzt, daß uns der Ankauf von 1200 Kohlenwaggons von der französischen Compagnie Auxiliaire gestattet werde. Von diesen 1200 Waggons werden 400 Waggons sofort und je 200 an jedem nächsten Ersten geliefert, so daß der Wagenpark, der uns für Kohlentransporte zur Verfügung steht, um diese Wagenmenge vergrößert wird.

Weiters wurde ein Vertrag mit einer französischen Firma verhandelt und von der Reparationskommission genehmigt, wonach diese Firma in Stand gesetzt sein soll, eine bestimmte Menge amerikanischer Kohle — nach dem 1. Jänner wird die Ausfuhr von Kohle aus Amerika wieder frei sein — nach Frankreich zu importieren, dafür aber ein gleiches Quantum von Saarkohle nach Wien zu leiten.

Wir werden dadurch in die Lage versetzt, unseren Kohlenvorrat zu vermehren. Allerdings ist diese Kohle überaus teuer, kann also nur an besonders zahlungskräftige Anstalten abgegeben,

beziehungsweise nur im äußersten Notfalle verwendet werden.

Vor der Reparationskommission wurden am 18. Dezember sehr eingehende Verhandlungen zur Durchführung des Punktes 2 der Entschlüsse des Obersten Rates, zur Durchführung des jugoslawischen Vertrages und des Kredites an Jugoslawien geführt. Unsere Vertreter des Ernährungsamtes, des Finanzamtes usw. konnten dabei am Verhandlungstische drei Vertreter der jugoslawischen Regierung, unter ihnen den Eisenbahnminister Drašković und zwei andere Mitglieder des Kabinetts begrüßen. Es gelang nun in diesen Verhandlungen klarzustellen, worin die Schwierigkeiten der Erfüllung dieses Vertrages liegen, und den hohen Mächten den Weg zu weisen, wie sie allenfalls die Erfüllung dieses Vertrages und die Ordnung des Verkehrs im jugoslawischen Gebiete zu bewerkstelligen am besten in der Lage sein könnten. Die Reparationskommission hat nach dem Beschlusse des Obersten Rates sich dafür entschieden, eine Mission nach Belgrad zu schicken, um die Durchführungsmöglichkeiten und die Durchführungstermine dieses Vertrages festzustellen. Ich muß aber bekennen, daß die Frage der Kredite nicht vollständig geklärt ist.

Ich hoffe, daß die Verhandlungen, die in Paris in unserer Abwesenheit weiter geführt werden, eine solche Lösung bringen, daß wir in den Besitz der ausbedingenen Waren, Jugoslawien in den Besitz der von ihm erwarteten Kredite gelangt und daß das Verhältnis der Staaten untereinander trotz der irgendwie getroffenen Lösung nach keiner Richtung hin eine Trübung erfahre. Ich hoffe, es gelingt, ein Arrangement, welches diesen Vertrag, der sich ja schon ins Legendäre weiterentwickelt hat, endlich zu einem positiven Abschluß bringt.

Vor einer weiteren Kommission der Reparationskommission wurden die Finanzfragen besonders verhandelt. Bei diesen Verhandlungen ergab sich, daß die Abrechnung über den alten 48 Millionen Dollar-Kredit noch nicht vollständig vollzogen ist, daß dieser Kreditrest sich wahrscheinlich auf sechs Millionen Dollar, vielleicht sogar auf sieben Millionen Dollar belaufen dürfte. Es ist immer sehr angenehm, in dieser Weise überrascht zu werden. Es wäre uns allerdings das angenehmste, vom ersten Tage an, bei dieser Rechnung mitrechnen zu dürfen. Außer diesem Vorteil, den wir gewinnen und der es möglich machen wird, den Betrag für 30.000 Tonnen Lebensmitteln, die in Triest lagern, vielleicht noch zu erhöhen um weitere 22.000 Tonnen. Uns sind außerdem noch Beträge zur Verfügung gestellt worden aus dem englischen Relieffonds im Betrage von 262.000 Pfund zur Beschaffung von Fett und 25.000 Pfund zur Beschaffung von Kohle.

Die Frage, die das Tabakmonopol angeht, hat eine Unterkommission der Reparationskommission

und unseren Staatssekretär der Finanzen sehr eingehend beschäftigt. Der Oberste Rat hat Punktationen festgesetzt, innerhalb deren wir über das Tabakmonopol frei verfügen können. Es sind auch Verhandlungen mit zwei Finanzgruppen im Gange. Wir sind mit der Bewirtschaftung unseres Tabaks in einer außerordentlich schwierigen Lage. Wir müssen jetzt über das Tabakmonopol frei verfügen können, weil der Einkauf des Rohstoffes über unsere Kräfte geht. Wenn die Lage unserer Finanzen nicht im allgemeinen gebessert wird, so wären wir von einem bestimmten Zeitpunkt an nicht mehr in der Lage, das Tabakmonopol selbst zu bewirtschaften, und wir müssen deshalb einen Ausweg suchen, bei dem die Beschaffung des Rohmaterials garantiert, zugleich aber auch eine bestimmte Kredithilfe für uns gesichert ist. Auf welche Weise das geschehen soll, das ist eben auch bei der Reparationskommission nicht vollständig geklärt und wird erst geklärt werden müssen in der in Wien eintreffenden Finanzkommission. Jedenfalls wird in der allernächsten Zeit in dieser Frage Klärung geschaffen werden müssen.

Außerdem habe ich unmittelbar vor meiner Abreise noch über Wunsch des französischen Ministers für die befreiten Gebiete Dardien eine Aussprache mit diesem Minister über die Frage der Verwendung österreichischer Arbeitskräfte für die wieder zu erbauenden Gebiete gehabt. Bei dieser Unterredung erklärte der französische Minister, daß nach seiner Meinung die Beteiligung österreichischer Arbeitskräfte an dem Wiederaufbau von der größten moralischen Bedeutung für unsere Sache in Frankreich wäre. Der Wiederaufbau sei eine auf das lebhafteste empfundene Gewissenspflicht der französischen Nation, und wenn nun in dieser schweren Zeit die französische Nation auch ihrerseits Opfer bringe, um Österreich aus der schweren Not herauszuhelfen, so würde es den besten Eindruck machen und die beste Unterstützung unserer Kreditansuchen sein, wenn auf der anderen Seite auch österreichische Arbeiter an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete teilnehmen würden. Dabei komme es der französischen Regierung sehr auf dem Termin an, denn in allernächster Zeit werde eine große Zahl von Kriegsgefangenen aus Frankreich zurückkehren, die Arbeiten könnten ins Stocken geraten und deshalb hege er den Wunsch, daß die österreichische Regierung das Ihrige dazu tue, um Frankreich in der Not zu helfen sowie Frankreich auch alle seine moralischen und materiellen Mittel anzuwenden geneigt sei, um uns entgegenzukommen. Ich konnte eine unmittelbare Antwort in dieser Frage nicht geben. In dieser Angelegenheit wird noch ein Kabinettsrat und mit allen beteiligten Kreisen Rücksprache gepflogen werden müssen.

Bei der Beschränkung, die der Kabinettsrat der Abordnung auferlegt hat, die Verhandlungen

vor dem Obersten Rat auf den einen Hauptpunkt zu beschränken, in der Reparationskommission wieder nur die allerwichtigsten Punkte hervorzuführen, war es unmöglich, andere Fragen, die für uns von großem Interesse gewesen wären, in Paris zu erörtern. Aber der Erfolg jeder Aktion wird in Frage gestellt, wenn sie sich zersplittert, die Aufmerksamkeit von der Hauptsache wird abgelenkt, wenn man viele Sachen zugleich vertritt. Infolgedessen war uns in allen anderen Dingen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt. Das gilt insbesondere in Bezug auf die Militärfrage. Das hohe Haus weiß, das in St. Germain mit allen Argumenten dafür gefochten wurde, daß wir an Stelle des früheren stehenden Heeres ein Milizheer bekommen und daß wir ein Söldnerheer für kostspielig und bedenklich halten.

Ich glaube, es gibt niemanden — niemanden in diesem Hause und niemanden in der ganzen Öffentlichkeit Österreichs — der nicht die Wehrverfassung der Miliz allen anderen Systemen vorziehen würde. Da ich diese Frage im Obersten Rat aus diesen und vielen anderen Gründen nicht erörtern konnte, so habe ich mit dem Präsidenten der Militärkontrollkommission, die nach Wien kommen soll, die Militärfrage erörtert. Ich habe angekündigt, daß wir in der Militärkommission die Frage zur Sprache bringen wollen. Allerdings muß ich offen bekennen, daß mir Bedenken geäußert wurden, diesen Gegenstand einige Monate nach Friedensschluß sofort zur Verhandlung zu stellen, da der Oberste Rat nicht leicht in die Abänderung irgendeines Punktes der in Versailles und St. Germain geschlossenen Abmachungen einwilligen werde. Ich muß also bekennen, daß ich in dieser Angelegenheit wenig Hoffnung habe. Ich habe jedoch mitgeteilt, daß wir vor der Kommission, sowie sie zusammentrete, diese Frage zur Sprache bringen werden.

Nun lassen Sie mich das Ergebnis dieser Verhandlungen von wenigen Tagen zusammenfassen. Es waren Verhandlungen, an denen sich sämtliche Mitglieder des Kabinetts, die nach Paris entsendet waren, unablässig und eifrig beteiligt haben, Verhandlungen, welche erfüllt waren von dem Eifer, dem die dringende Not verleiht, und die auf der anderen Seite alles das Entgegenkommen und Verständnis gefunden haben, die wir nur erwarten konnten.

Das wirtschaftliche Ergebnis ist allerdings, wie ich eingangs gesagt habe, nur ein halbes, es ist eigentlich nur die Ankündigung eines Erfolges und noch nicht der Erfolg. Wenn alle Lieferungen pünktlich erfolgen und keine Verkehrsstörungen dazwischen kommen — Sie kennen ja die Misere, die sich komplizieren: der Warenmangel, der sich kompliziert mit dem Mangel an Verkehrsmitteln, der sich wiederum kompliziert mit dem Mangel an Zahlungsmitteln usw. — aber alles in allem ge-

rechnet kann man sagen, daß wir mit Brotfrüchten auf 2 oder 2½ Monate versorgt sein werden. Wir werden auch, wenn ich annehme, daß die Verhandlungen über das Tabakmonopol bald zu einem Ergebnis führen, auch die nächsten Ernährungskredite zur Verfügung haben. Für die aller nächste Zeit ist dadurch vorgesorgt, daß der Kreditrest von 3¾ Millionen Dollars sich auf 6, vielleicht sogar 7 Millionen Dollars erhöht. Es ist somit unmittelbar geholfen und ich gestehe Ihnen offen: wenn ich die Lage der anderen Staaten, die Lage der Weltversorgung mit Getreide ins Auge fasse, so wüßte ich nicht, wo denn für den Augenblick eine weitere Hilfe zu finden gewesen wäre. Denn der ganze Osten Europas ist, was die Landwirtschaft betrifft, vollständig deterioriert, der Betrieb ist zurückgegangen, die Ergebnisse sind so, daß kein Land größere Überschüsse hat als solche, die etwa bei uns als Zubuße dienen könnten. Vom europäischen Osten aus können wir uns nicht regelmäßig ernähren. Wir sind also auf den Westen angewiesen. Im Westen Europas aber sind alle Länder heute Importländer. Es bleibt also nur die Zufuhr aus Amerika offen.

Unsere Öffentlichkeit berücksichtigt nicht immer im vollen Ausmaße, daß nach diesen fünf Jahren Krieges jeder Einzelne mit sich selbst so außerordentlich viel zu schaffen hat, daß nur der stärkste Impuls ihn dazu vermögen kann, auf den Anderen Rücksicht zu nehmen, und wir müssen auch festhalten, daß das, was diese entgütete und desorganisierte Welt überhaupt leisten kann, weniger ist, viel weniger, als wir dringend brauchen. Aber immerhin, wir sind für die allernächste Zeit versorgt — mangelhaft versorgt: noch immer wird die tägliche Versorgung davon abhängen, daß kein Schiff scheitert oder Havarie erleidet, daß kein Zug ausbleibt, aber der absolute Mangel wird nicht mehr vorliegen. So für den Augenblick. Wir sind für die darauffolgende Zeit dadurch nicht sichergestellt, aber in unserer Versorgung erleichtert, daß wir schon absehen, wie sich die Kreditbeschaffung gestalten kann. Wir können den Augenblick absehen, wo uns die Mittel aus der Verpfändung oder Verwertung des Tabakmonopols flüssig werden. Das für die nächsten zwei Zeitspannen. Wir sind aber noch ganz im ungewissen über das, was dann folgt und wir haben bis zur Stunde noch nicht die Antwort auf das auf die Dauer berechnete Programm der Staatssekretäre Loewensfeld und Reisch. Hier stehen wir nun nicht vor einem Mißerfolge, sondern vor der Situation, daß wir den Erfolg noch nicht kennen.

Ich habe hier in den paar Augenblicken, da ich Zeit hatte, in den Blättern Nachrichten gelesen, die keinem gefaßten Beschlusse, keinem gestellten Antrage entsprechen, die auch nach der Sachlage zur

Zeit mindestens noch ganz unbegründet sind. Es ist von einem Kredit von 70 Millionen Dollar erzählt worden, den Amerika uns geben soll und so vieles andere. Hohes Haus! Ich bitte auf alle diese Gerüchte absolut nichts zu geben, es wäre besser, sie würden gar nicht verbreitet werden. Wir tun am besten, in diesen Dingen nicht zu viel zu phantastieren, sondern uns an die Tatsachen zu halten, nichts anderes zu betonen als unsere Not, die Not, die das Volk als solches sicherlich ganz unerschuldet trifft, eine Not, die, wenn sie das Äußerste mit sich bringt, von unabsehbaren sozialen Konsequenzen für das ganze Zentraleuropa sein müßte und nicht Politik zu machen mit unserer Not. Ich hege allerdings die Hoffnung, daß uns aus den erwähnten Gründen, aus den Gründen der Menschlichkeit und der Zivilisation, daß uns abseits von allen politischen Erwägungen geholfen werden wird.

Ich hege diese absolute Zuversicht — ich hege sie nicht nur deshalb, weil wir ja, hohes Haus, sonst keine Stunde es ertragen könnten weiterzuleben, sondern ich hege sie auch deshalb, weil ich überall, wo ich mit Vertretern des Auslandes und der Westmächte zusammengekommen bin, nur eine Stimme gehört habe: die Stimme der Sympathie mit uns, der Überzeugung, daß uns geholfen werden müsse, der Überzeugung, daß die Hilfe, die ja das ganze besiegte Europa braucht, das ganze auch siegreiche Europa braucht, zunächst bei uns einsetzen muß, wo der Tiefpunkt der Leiden zu finden ist, der Punkt, von dem aus das ganze System gestützt werden muß, weil es ja an diesem Punkte zuerst und am weitesten gelockert worden ist. Ich hege also die Zuversicht, daß uns geholfen werden wird, und ich glaube, daß wir an die Arbeit gehen sollen mit dem Gefühl, daß wir für die weitere Zukunft unsere Sicherung werden bewirken können. Ich meine, daß wir in diesem Gefühle daran gehen sollen, auch aus eigener Kraft alles das zu tun, was uns zu tun zukommt; denn nichts wäre schlimmer, als wenn wir uns angewöhnen würden, in allem und jedem auf die Hilfe aus dem Auslande zu rechnen. *(Zustimmung.)*

Nichts würde uns mehr vor den Augen der Welt herabsetzen, als wenn wir uns etwa einrichten würden als die Almosenempfänger der Welt, und nichts würde uns mehr in den Augen der Welt herabsetzen, als wenn wir durch innere Fügungslosigkeit, wenn wir durch innere Anarchie den Eindruck erweckten, als wäre es uns allen miteinander nicht ernst, einer für alle und alle für einen einzustehen und die Gesamtheit durchzubringen in dieser schweren Zeit. Ich gestehe Ihnen offen, daß diese Symptome der Auflösung des Staates und der Republik, des Zerfalles in seine Teile, diese Symptome eines Zurückstellens des gemeinsamen Interesses gegenüber Sonderinteressen unser Ansehen

im Auslande sehr herabsetzen und verringern. Aber eines muß ich demgegenüber doch feststellen und ich stelle das fest, weil auch das für das Inland wichtig ist. Ich habe es nicht unterlassen, bei maßgebenden Vertretern des Obersten Rates in persönlichen Besprechungen zu fragen: Was wünscht man von uns? Sollen wir uns etwa anders einrichten? Ist ein Punkt in unserem Leben, der unbegreiflich erscheint? Und ich habe von allen Seiten, verehrte Herren, von allen Seiten die Zusicherung, daß diese Regierung, die geworden ist aus der Zusammenfassung von fünf Sechsteln des Hauses und der Bevölkerung, la pleine confiance, das volle Vertrauen der obersten Mächte hat. Ich habe auch über die einzelnen Beschwerden gesprochen, die von hier viel geklaffender ins Ausland gemeldet werden als das wenige Gute, das uns zu vollbringen gegönnt war. Ich habe auch über diese einzelnen Beschwerden gesprochen und man hat allenthalben verstanden, daß ein besiegtes Land selbstverständlich nach anderen Methoden verwaltet werden muß als ein siegreiches Land. Ich habe mit einem Worte gefunden, daß das Urteil über diesen Staat, über das hier aufgerichtete System und über die Regierung des Landes im Auslande weit gerechter ist als im Inlande.

Hohes Haus! Ich sage das, um unser Land vor der Welt nicht ins Unrecht setzen zu lassen: Wir haben keinen Grund, uns ins Unrecht setzen zu lassen! Denn diese allerärmste Republik Österreich hat sich innen in der relativ größten Ruhe wieder aufgerichtet, und genießt in geschäftlichen wie in sozialen Dingen ein relativ sehr hohes Vertrauen, und wir haben es deshalb nicht notwendig, unser armes Land noch künstlich herabsetzen zu lassen. Ich schöpfe aus dieser Erfahrung, die nicht nur ich, sondern meine sämtlichen Mitarbeiter in Paris gemacht haben, den Mut, derartigen unbegründeten Treibereien entgegenzutreten.

Wir sind ein armes Land, wir sind ein tiefgebeugtes Volk und wird sind ein Volk, dem es bisher verwehrt war, sich selbst aus eigener Kraft zu bestimmen und zu verwalten, dessen Vertreter bisher künstlich ferngehalten worden sind von der Führung der öffentlichen Geschäfte, welche sie jetzt eigentlich erst zu führen lernen müssen. Wir sind alle sehr jung in der Führung der öffentlichen Verwaltung und die Kräfte, die die Demokratie vorgefunden hat, wurden früher nicht gefunden, denn früher kam es doch mehr auf die 1. oder 2. Rangklasse als auf Begabungen an. Aber ich meine, trotz unserer Jugend und Unerfahrenheit können wir mit einem gewissen Selbstgefühl nicht nur vor dem Auslande, sondern auch vor unserem Lande uns sehen lassen. Unsere Gesetzgebung, unsere Nationalversammlung hat trotz der Eile und Hast, mit der sie vorgeföhrt hat, eine solche Fülle von

Reformarbeit auf allen Gebieten geschaffen, daß daraus die besten Erwartungen für die Zukunft geschöpft werden können. Und es hat dieses Haus eine der schwersten Proben des politischen Könnens abgelegt. Diese schwere Probe, diese schwerste Probe des politischen Könnens ist nicht die, durch eine geschlossene, überwältigende Mehrheit ein System einheitlicher Politik aufzurichten, die schwerste Probe ist die Probe der Selbstverleugnung innerhalb der Gegensätze, die schwerste Probe ist die Aufrechterhaltung der gegensätzlichen Weltanschauungen, der gegensätzlichen Meinungen und dennoch ihre Verbindung zur konkreten Tat. Diese schwere politische Aufgabe hat dieses Haus erfüllt und darum kann dieses Haus auch das erforderliche Selbstgefühl haben, an sich zu glauben. Hören wir auf mit dem, was unser aller Erbteil ist, mit dem ewigen, unfruchtbaren, tatenlosen Raumzen! Hören wir auf mit der Selbstzerfleischung und Selbstherabsetzung, glauben wir an uns, dann wird auch die Welt an uns glauben und uns helfen. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident Hauser: Zum Worte haben sich unterdessen gemeldet, und zwar kontra die Abgeordneten Mühlberger, Forstner, Meißner, Lenz, Baber, Bretschneider, Domes; pro die Abgeordneten Popp, Scheibin, Freundlich, Hafner, Skaret, Smitta, Hermann Matthias und Dr. Bauer.

Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Schönbauer.

Abgeordneter Dr. **Schönbauer:** Hohe Nationalversammlung! Hohes Haus! Der Herr Staatskanzler hat mit unendlich viel Optimismus geschlossen. Wenn man aber die sachlichen Ergebnisse der großen Bittprozession nach Paris mit ruhigem Blicke überfieht, dann muß man feststellen, daß sie ganz außerordentlich gering sind. Was haben wir in Wirklichkeit erreicht? Die 30.000 Tonnen Getreide aus Triest, die uns schon fünfzigmal zugesagt worden sind, sollen uns nun endgültig zufließen. Die Reserve, die man zu schaffen „gedenkt“, hilft uns über die nächste Not nicht hinweg. So bleibt noch der bedingte Kredit an Südslawien und die Freigabe des Tabakmonopols zur Verpfändung an eine holländische Gruppe. Und wenn schließlich noch untersucht werden soll, welche Aktiven wir künftig noch frei bekommen, so wäre das alles nicht nötig gewesen, wenn uns nicht in dem Diktatfrieden von St. Germain sämtliche Aktiven in ganz unvernünftiger Weise gebunden worden wären, so daß unsere Kreditfähigkeit von vornherein lahmgelegt wurde und uns nun erst tropfenweise in Form von Wohltaten das freigegeben werden soll, was notwendig ist, um nur

irgendeine staatliche Wirtschaft aufrechterhalten zu können.

Gering sind also die sachlichen Ergebnisse. Daß der Herr Staatskanzler eine „große Freude“ darüber gehabt hat, in Herrn Clemenceau einen „hervorragenden Menschen“ kennen zu lernen, für den er eine aufrichtige „menschliche Bewunderung“ empfindet, daß unsere Vertreter „die Freude“ gehabt haben, mit drei südslawischen Regierungsvertretern an einem Tische zu sitzen, ja sogar mit Herrn Beneš zusammenkommen zu dürfen, das sind keine Tatsachen, die uns wirtschaftlich irgendwie helfen könnten.

Ganz unbegreiflich aber ist es, was der Herr Staatskanzler nach Zeitungsberichten in Paris gegenüber Pressevertretern erklärt hat; und wenn diese Äußerungen richtig sein sollten — ich kann es nicht glauben, denn ich schätze dazu den Herrn Staatskanzler als hervorragenden Politiker viel zu hoch —, wenn aber diese Äußerungen doch richtig sein sollten, dann wäre der „freundliche“ Empfang durch die Pariser Presse nicht so sehr ein Verdienst unseres Presseattachés Dr. Zifferer, sondern mehr den Erklärungen des Herrn Staatskanzlers zuzuschreiben.

Der Herr Staatskanzler soll dem Vertreter des „Éclair“ gegenüber gesagt haben: „Dank Clemenceau hat die Wiener Bevölkerung zu Weihnachten Brot.“ Nun, verehrter Herr Staatskanzler, ist denn das auch richtig? Im Gegenteil, dank Clemenceau muß die Bevölkerung am Weihnachtstage hungern, dank Clemenceau, der der Vorsitzende gewesen ist, als man uns den Diktatfrieden von St. Germain vorschrieb. Aber auch ganz abgesehen davon ist die Behauptung nicht richtig, denn die Wiener Bevölkerung hat zu Weihnachten nur die verkürzte Brotration, und daß ihr überhaupt die verkürzte Brotration noch gegeben werden kann, das verdanken wir nicht Herrn Clemenceau, sondern das verdanken wir den Liebesgaben aus dem Deutschen Reiche *(Sehr richtig!)*, von denen jetzt schon 6000 Tonnen im Anrollen sind. Wären sie nicht vorhanden, dann wäre unsere letzte Reserve erschöpft und wir stünden vor der Tatsache, daß zu Weihnachten nicht einmal die verkürzte Brotration ausgegeben werden könnte.

Aber noch ärger sind die Erklärungen, die der Herr Staatskanzler dem Vertreter des „Écho de Paris“ gegenüber angeblich gemacht hat. Er soll da gesagt haben, er hoffe, die Entente werde Österreich nicht auf die Hilfe Deutschlands verweisen, die ihm angeboten werde. Österreich wolle mit der Unterstützung der Alliierten ruhig weiter leben. Und dem Vertreter der „Liberté“ soll er erklärt haben: „Wir wollen uns Deutschland nicht anschließen, unsere Unabhängigkeit ist uns zu wertvoll. Meine Regierung ist nach Westen orientiert. Wenn aber am 21. Jänner kein Mehl vorhanden ist und

Deutschland unsere Unabhängigkeit mit Schwarzbrod aufwiegen wollte, was werden wir dann einer verhungerten Menge sagen?"

Ich erkläre nochmals: Diese Äußerungen des Staatskanzlers kann ich unmöglich für wahr halten und ich hoffe, daß er sie sofort nach meiner Rede widerrufen wird. Denn wenn das wahr sein sollte, wäre es der ärgste Andank, den man sich denken könnte (*Zustimmung.*) und es stünde im Widerspruch mit den feierlichen Erklärungen des Präsidenten Seiz, der hier unter Zustimmung des ganzen Hauses der reichsdeutschen Bevölkerung für das Notopfer gedankt hat; es stünde auch im Widerspruch zu privaten Erklärungen des Präsidenten der zweiten Mehrheitspartei Prälaten Hauser. Ich kann diese Erklärungen daher unmöglich für wahr halten.

Wenn wir also die sachlichen Ergebnisse der Wittprozeßion übersehen, müssen wir sagen, sie sind außerordentlich dürftig. Die 30.000 Tonnen, die aus Triest nun endlich einlangen sollen, reichen etwa für drei Wochen. Sie stammen noch aus dem 48 Millionen Dollarcredit und gerade von diesem 48 Millionen Dollarcredit muß doch gesagt werden, daß auch damals schon nicht etwa Frankreich der führende und gebende Teil war, sondern daß gerade Frankreich, wie sich der Herr Staatskanzler erinnern wird, uns bei der Garantieleistung von 75 Millionen Francs die größten Schwierigkeiten bereitet hat. Der 48 Millionen Dollarcredit ist zwar formell von den alliierten Hauptmächten gegeben worden, in Wirklichkeit war es aber ein amerikanischer Kredit. Und so steht es auch weiter um die Kredithilfe. Wenn man heute die große Hilfe noch immer von Frankreich erhofft, so ist das, glaube ich, unrichtig. Selbst wenn es Frankreich wollte, könnte es uns nicht in dem Maße helfen, als nötig ist. Angewiesen in materieller Beziehung ist ganz Europa und sind vor allem auch wir auf die Kredithilfe der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wie kann uns da aber heute noch der Oberste Rat helfen? Der Oberste Rat ist heute im Wesen eine Botschaftskonferenz, mindestens soweit es Amerika betrifft. Der amerikanische Botschafter kann dort nicht mehr tun als Mitteilungen der anderen Regierungen zur Kenntnis nehmen, um sie seiner Regierung zu übermitteln. Es könnte also Präsident Clemenceau für uns nur ein Fürsprecher sein.

Nun kommen aber die politischen Kredite in Amerika fast nicht mehr in Betracht. Während des Krieges waren die politischen Kredite auf der Tagesordnung, aber vor wenigen Wochen erst hat der amerikanische Senat beschlossen, daß staatliche Auslandskredite überhaupt nicht mehr gegeben werden sollen, und das findet man begreiflich, wenn man nur einigermaßen überblickt, was während des Krieges von

den Vereinigten Staaten den Alliierten an Kredit gegeben worden ist. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hatten vor dem Kriege eine öffentliche Schuld von zwei Milliarden Dollar. Während des Krieges ist die öffentliche Schuld auf 37 Milliarden Dollar gestiegen. Von den 35 Milliarden, die als Kriegsanleihe, als Freiheitsanleihen in Liberty Bonds aufgebracht worden sind, sind nicht weniger als 10 Milliarden an Krediten für die alliierten Staaten gegeben worden — eine ungeheuerliche Summe, denn 10 Milliarden Dollars stellen nach unserer heutigen Kursrechnung nicht weniger als 1550 Milliarden Kronen dar. So ist es begreiflich, daß die Vereinigten Staaten heute gegenüber den politischen Kreditansprüchen außerordentlich zurückhaltend sind.

Es bleibt daher fast nur der private Kredit übrig und da ist nun die Sachlage so, daß Frankreich ebenso wie England, Italien und Belgien sich mit uns in einem Wettbewerb um die amerikanische Kredithilfe befinden. Ich möchte da nur als Beispiel anführen, daß am 20. Oktober die Vereinigung der amerikanischen Handelskammern in Atlantic City mit den Handelskammern von England, Frankreich, Belgien und Italien eine Tagung abgehalten hat, auf der die Frage privater Exportkredite eingehend erörtert wurde. Da ist es nun auch für uns nicht uninteressant, welche Fragen der Vorsitzende der amerikanischen Handelskammer den alliierten Handelskammern vorlegte. Die Fragen lauteten 1. Ist jede Gefahr des Bolschewismus und des Sozialismus beseitigt? 2. Besteht kein Grund mehr, Vermögenskonfiskationen zu befürchten? 3. Wie sind die Beziehungen zwischen den Geschäftsleuten und ihren Regierungen? 4. Wie werden sich die Regierungen dem amerikanischen Handel gegenüber verhalten?

Es ist interessant zu beobachten, wie der Herr Staatskanzler in Paris angeblich dem Vertreter des „Eclair“ gegenüber sich darüber beschwert hat, daß die bösen Großdeutschen daheim die Regierung des verkappten Bolschewismus beschuldigen, obwohl doch von einer solchen Haltung der Regierung gar keine Rede sein könne. Und wie sich andererseits die Franzosen und die anderen Alliierten, denen gegenüber der Staatskanzler diesen Reinigungsseid leistete, selbst wieder reinigen müssen vor den Amerikanern, von denen sie ganz merkwürdigerweise gefragt werden, ob jede Gefahr des Bolschewismus und des Sozialismus bei ihnen beseitigt sei, eine Fragestellung, die uns wirklich etwas merkwürdig vorkommt. Der Herr Staatskanzler hat dabei die Sachlage so dargestellt, als ob nur die Großdeutschen die Regierung des verkappten Kommunismus beschuldigen. Doch darauf will ich nicht eingehen, ich will auch nicht darauf zu sprechen kommen, daß dann etwa der „Neue Tag“ oder die „Reichspost“ großdeutsch sein

müßten. Ich glaube, Herr Karpeles und Herr Dr. Junder sind gerade noch nicht großdeutsch; ich gehe auch nicht auf die Erklärungen des Herrn Staatskanzlers in Böslau ein, daß das Endziel der Sozialdemokratie und der Kommunisten das gleiche sei; das alles gehört zur inneren Politik und soll dort erörtert werden.

Ich sage nur: Wenn man das Ganze kurz überlegt, so sieht man, daß die Hoffnungen auf die große Kredithilfe durchaus verfrüht sind und daß unsere Lage vorläufig auch weiterhin noch als eine trostlose zu bezeichnen ist.

Der Herr Staatskanzler selbst hat es schon für notwendig befunden, die Sensationsmeldungen der heutigen Wiener Blätter zurückzuweisen, die uns einen 48 Millionen Pfund Sterling-Kredit und einen 70 Millionen Dollar-Kredit vorgaukeln. Davon kann gar keine Rede sein und es ist daher kein Grund vorhanden, dem Optimismus des Herrn Staatskanzlers zuzustimmen, auch wenn ich der Ansicht bin, daß man sich niemals dem Pessimismus hingeben darf; denn er wirkt arbeitslähmend. Die Lage ist, wie gesagt, trostlos; denn rechnen wir die ganze zugesagte Hilfe nach den Erklärungen des Staatskanzlers zusammen, so haben wir die 30.000 Tonnen Getreide, die aus Triest kommen sollen, und die 20.000 Getreide, die allenfalls als Reserve hinzukommen; wenn wir noch das Tabakmonopol an die holländische Gruppe verpachtet und dafür 35 Millionen holländischer Gulden bekommen haben, können wir damit etwa 100.000 Tonnen Getreide kaufen. Zusammen haben wir demnach rund 180.000 bis 200.000 Tonnen Getreide halbwegs gesichert; vollständig sicher sind aber auch diese noch nicht. Wenn wir aber selbst diese 200.000 Tonnen Getreide bekommen, so deckt dies den gesamten Einfuhrbedarf an Getreide für ungefähr drei Monate oder den Getreidebedarf für die menschliche Nahrung für ungefähr vier Monate, und von der genannten nötigen Lebensmitteleinfuhr ist damit erst der fünfte Teil den Kosten nach bedeckt. Vier Fünftel der veranschlagten Lebensmittelkosten bleiben noch völlig unbedeckt, selbst wenn das alles eintrifft, was jetzt noch in der Luft hängt. Wir haben also dann immer noch kein Fleisch, keine Hülsenfrüchte, kein Fett, keinen Reis, keine Kartoffeln usw., die wichtigsten Nahrungsmittel, die wir unbedingt zum Leben brauchen; denn mit dem Getreide allein können wir die Bevölkerung unmöglich vor dem Hungertode schützen, und unterernährt im höchsten Grad ist sie schon. Demnach sind wir noch gar nicht gesichert, auch nicht für die nächsten drei und vier Monate. So steht heute die Sachlage, auch nach dem Bericht aus Paris.

Wenn wir nun am Schlusse des Jahres eine Bilanz aufzustellen versuchen, so muß uns wirklich traurig zu Mute sein. Vor einem Jahre haben wir

unser neues Gemeinwesen, unseren neuen Freistaat mit großer Hoffnung begrüßt. Wenn man aber heute unsere Lage überblickt, so sieht sie geradezu fürchterlich aus. Der Staatshaushalt, über den wir heute verhandeln, weist einen Abgang von ungefähr 10 bis 12 Milliarden in einem Jahr auf und es ist für unsere heutigen Mehrheitsparteien bezeichnend, daß sie nicht einmal daran denken, bei der Bewilligung neuer Ausgaben sich irgendwie mit der Bedeckung zu befassen. Es ist in dieser Beziehung ähnlich, als ob der Finanzminister noch ein kaiserlicher Beamter wäre. Ich muß schon sagen, der parlamentarischen Regierung, die jetzt nur ein Exekutivkomitee, nur ein Vollzugsausschuß des Parlaments sein soll, kann man jetzt nicht einseitig die Verantwortung für die Bedeckung zuschieben und man kann sich nicht die Sache in der Weise bequem machen, daß keiner der Mehrheitsparlamentarier das Finanzamt übernimmt, sondern daß es einem Nichtparlamentarier aufgedrängt wird. Damit ist uns nicht gedient. Ich will nicht davon reden, daß irgendwie eine Möglichkeit bestünde, unter den heutigen Verhältnissen auch nur annähernd ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Soweit gehe ich gar nicht, aber ich muß doch feststellen, daß auch bei den immer wachsenden Neuausgaben nicht einmal an die Bedeckung gedacht wird.

Wie entsetzlich wir mit unserem Staatshaushalte dastehen, kommt uns nicht ganz zum Bewußtsein, weil wir ein Bruttobudget haben. Hätten wir ein Nettobudget, wäre das noch stärker zum Ausdruck gekommen. Denn dann würden wir sehen, daß die gesamten Nettoeinnahmen unseres Staatswesens nicht einmal hinreichen, um unsere Schulden zu verzinsen. Die gesamten staatlichen Ausgaben gehen auf Kredit, gehen auf Borg, sind unbedeckt. Wenn man dem gegenüber alle Hoffnungen auf die Vermögensabgabe setzt, so muß ich schon sagen, hier ist das lange Zuwarten von der allergrößten Gefahr. Wir wissen nicht, ob die Vermögensabgabe, wenn wir sie noch drei bis vier Monate verschieben, überhaupt durchführbar ist. Denn die Vermögensabgabe setzt ein Funktionieren der Staatsverwaltung, setzt eine Staatsautorität voraus. Die Staatsautorität ist aber nicht im Wachsen, sondern sie scheitert in den Ländern und Bezirken vollkommen und daher stehe ich der Durchführung der Vermögensabgabe mit den größten Zweifeln gegenüber, zu meinem größten Bedauern, weil ich glaube, daß die Vermögensabgabe schon aus sozialen Gerechtigkeitsgründen unbedingt so bald als möglich zu erfolgen hätte.

Wir stehen also einem ungeheuren Abgange von rund zehn Milliarden gegenüber. Die Deckung verschafft sich die Regierung durch Ausgabe von neuen Schatzscheinen. Ich bin mir vollkommen darüber klar, daß heute innere Anleihen ziemlich

sicher einen Mißerfolg hätten. Ob man nicht trotzdem eine Prämienanleihe hätte versuchen müssen, darüber müßte man noch sprechen. Denn kein Mittel sollte meines Erachtens unversucht gelassen werden, um den Abgang irgendwie zu decken, ohne zur Ausgabe neuer Noten zu schreiten. Die Schatzscheine sind aber in Wirklichkeit nichts anderes als verdeckte Noten. Denn wenn auch die Banken die Zusage gegeben haben, daß sie die Schatzscheine nicht eskomptieren, wer leistet uns denn die Gewähr, daß die Banken auch auf lange Zeit ihr Versprechen einhalten werden? Die Giroguthaben bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank und die Schatzscheine, die bei den Banken begeben sind, sind also nichts als verdeckte Noten. Daher stehen wir einer ungeheuren Notenflut gegenüber. Der gesamte Umlauf der Noten ist rund einundzwanzigmal so hoch wie in der Friedenszeit. Wenn man aber Deutschösterreich allein nimmt — eine amtliche Statistik aus der letzten Zeit ist mir nicht bekannt —, müssen wir zusammen mit den Schatzscheinen und mit den Giroguthaben mit 15 Milliarden Kronen rechnen. Das sind ganz ungeheuerliche Beträge gegen den Friedensumlauf in Deutschösterreich. Wenn man diese Überflutung mit Noten überfieht, fühlt man sich unwillkürlich erinnert an die Zeiten vor 100 Jahren. Im Jahre 1809 hat der damalige Erzherzog Rainer in einer Eingabe an den Kaiser gesagt (*liest*):

„Die Finanzen sind in größter Zerrüttung, einem Bankrott nahe. Das Mißtrauen in den Wert der Bankozetteln und Obligationen hat sich allgemein verbreitet. Jeder sucht, um was immer für einen Preis Konventionsgeld sich zu verschaffen. Und daher fallen die Bankozettel so schnell im Wert und wird erst das Mißtrauen so groß, daß man um keinen Preis mehr Konventionsgeld erhält, dann ist der Bankrott da.“

An diese Verhältnisse fühlt man sich, wie gesagt, unwillkürlich erinnert. Heute steht es schon so, daß man die Waren gegen unsere Banknoten häufig überhaupt nicht mehr verkauft, sondern daß man entweder Tauschwaren fordert oder, wie das in städtischen Kreisen schon immer öfter der Fall ist, beim Verkaufe von Häusern, von Einrichtungsgegenständen u. dgl. die Bezahlung in ausländischen Valuten fordert. Das erinnert an die Zeit, wo man nur gegen klingendes Geld verkaufen wollte. Aber damals, vor hundert Jahren, konnte man sich schließlich mit einem Bankrottpatente wirklich helfen. Ist das aber auch heute der Fall? Heute würde man sich auch nicht mit Bankrottpatenten, auch nicht durch eine Devalvierung, durch ein Herabsetzen des Kronenkurses auf den Fünftel, zehnten, Teil helfen können, denn das Gebrechen, an dem wir leiden, ist kein vorübergehendes und es wäre gegenüber dem Auslande, besonders den Alliierten gegenüber, eine ganz falsche Darstellung, wenn wir

sagen wollten: „Wir leiden jetzt nur an augenblicklicher Not infolge des Krieges; wenn ihr uns aber Kredit gewährt, geht die Sache ruhig weiter. Nein, wir leiden an einem organischen Gebrechen. Dieses Wirtschaftsgebilde, das man gewaltsam als sogenanntes selbstständiges Österreich im Gewaltvertrage von Saint-Germain geschaffen hat, ist vollkommen lebensunfähig, denn es hat nicht die notwendigen Produktionsmittel und Produktionsgrundlagen, um selbständig leben zu können. Darüber kommen wir nicht hinweg. Wir sind aus einem großen Wirtschaftskörper willkürlich, mutwillig und plötzlich herausgerissen worden, dem Wirtschaftskörper sind Arme und Beine abgeschlagen worden und nun erklärt man, dieser blutende Strunk soll den Wettlauf mit anderen Staaten, mit anderen Wirtschaften aufnehmen. Er kann es nicht, er muß sich verbluten. Dieses Wirtschaftsgebilde ist zur dauernden Ohnmacht verurteilt. Bedenken wir doch die eine Tatsache, daß wir uns von der heimischen Ernte nur etwas mehr als drei Monate ernähren können und daß wir, um nur das nackte Leben zu fristen, nach der Berechnung des Volksernährungsamtes Lebens- und Futtermittel im Werte von rund 20 Milliarden Kronen nach dem Kronenkurse vom Oktober einführen müssen. Nach dem heutigen Kurse ergibt dies eine Summe von rund 40 Milliarden Kronen oder rund 250 Millionen Dollars. Es entsteht sofort für uns die Frage: „Womit sollen wir denn diese ungeheuerlichen Einfuhren bezahlen.“ Bezahlen könnten wir mit Auslandsguthaben, mit Gold oder mit Waren. Die ersten zwei Zahlungsmittel stehen uns nicht zur Verfügung. Wir müßten also in Waren bezahlen. Ja, mit welchen? Die wichtigsten Exportwaren der alten Monarchie fehlen unserem heutigen Wirtschaftsgebiete zur Ausfuhr wie Zucker, Gerste, Hopfen, Malz, Glaswaren usw. Das alles ist uns genommen. Was ist uns denn zur Ausfuhr geblieben? Übrig geblieben ist die Holzausfuhr. Sie wird sich hochgerechnet im Jahre ungefähr auf zehn Millionen Dollar bewerten. Wenn man noch die Erzförderung dazunimmt und annimmt, daß die Eisen verarbeitende Industrie im vollen Betriebe wäre, so könnte sie vielleicht insgesamt Waren im Werte von rund 20 Millionen Dollar ausführen.

Das ist Angaben entnommen, die die Eisenindustrieverbände geliefert haben. Rechnet man noch die allfälligen Exporte der Papier-, Automobil- und Waggonindustrie, also der leistungsfähigsten Exportindustrien hinzu, so kommen wir vielleicht, im günstigsten Falle, zu einem Export von rund 40 Millionen Dollars.

Für die Lebens- und Futtermittel allein brauchen wir aber ungefähr 250 Millionen Dollars.

Und wenn wir selbst die Lebens- und Futtermittel bezahlt hätten, dann hätten wir noch immer

die Kohlen und das Erdöl nicht bezahlt, ebenso wenig die industriellen Rohprodukte wie Baumwolle, Kupfer usw.

Was läßt sich nun dagegen machen? Man müßte entweder den inländischen Verbrauch einschränken oder die Produktion heben und vermehren. Beides ist für die nächste Zeit fast ohne jede Aussicht. Wie schon der Budgetreferent erklärt hat, ist eine weitere Einschränkung des Verbrauches bei unseren Hungerrationen völlig unmöglich und die Produktionshebung und Produktionsvermehrung ist in den nächsten Jahren nicht zu erwarten. Die Landwirtschaft kann bei den heutigen Zuständen nicht bedeutend gehoben werden und in der Industrie ist es doch heute so, daß fast alle unsere Industriebetriebe stillstehen, weil sie keine Kohle haben, und wir haben auch für die nächste Zeit keine Aussicht auf genügende Kohle. Wenn man sich da noch immer Hoffnungen auf die tschecho-slowakische Republik hingibt, so erkläre ich gegenüber dem Herrn Staatskanzler, der sagt: er „wage“ zu hoffen, daß die Verträge durchgeführt werden, ich „wage“ es nicht zu hoffen, daß diese Verträge so durchgeführt werden, daß wir ausreichend Kohle bekämen, um die industrielle Produktion auch nur halbwegs wieder in Gang zu setzen. Zwar könnte uns die tschecho-slowakische Republik ohne Zweifel hinlänglich mit Kohlen versorgen — wenn sie wollte. Denn heute sind unsere Ansprüche bereits sehr tief herabgesunken; wir erbitten heute nur mehr jährliche 20 Millionen Zentner Braunkohle und 8 Millionen Zentner Steinkohle von der tschecho-slowakischen Republik, während nach den Berechnungen des amerikanischen Lebensmitteldiktators Hoover im Jahre 1919 250 Millionen Zentner an Braunkohle und Steinkohle in der tschecho-slowakischen Republik gefördert werden. Wir bitten demnach nur rund um den achten Teil der gesamten Förderung. Aber wir werden auch das nicht erhalten; denn die Kohle ist heute ein staatliches Machtmittel ersten Ranges, ein politisches Machtmittel erster Ordnung und die Tschecho-Slowakei wird nicht gesonnen sein, dieses Machtmittel aus der Hand zu geben. Sie wird sich immer hinter der billigen Ausrede verschanzten, daß der eigene industrielle Bedarf noch nicht gedeckt ist; sie stellt deswegen auf ein paar Tage auch in der Tschecho-Slowakei die Züge ein, während sie ihre Industrie im wesentlichen arbeiten läßt.

Wenn man die Hoffnung immer darauf setzt, daß die Tschecho-Slowakei zur Vernunft kommen und sich sagen wird, es sei für ihr Wirtschaftsgebiet am besten, wenn auch wir arbeiten können, so täuscht man sich. Zwar hat auch die tschecho-slowakische Wirtschaft einen Schaden, aber für die Tschecho-Slowakei ist es eine Genugtuung, daß dieses deutschösterreichische Wirtschaftsgebiet noch

weitaus mehr Schaden hat, daß dieses deutschösterreichische Wirtschaftsgebiet so gut wie ganz am Boden liegt, daß für Kohlenlieferungen jede politische Konzession gemacht werden muß, wenn sie verlangt wird.

Demnach müssen wir feststellen: den toten Punkt in unserer staatlichen und wirtschaftlichen Entwicklung haben wir auch heute noch nicht erreicht. Wir sind noch auf der abschüssigen Bahn und sehen vorläufig noch nicht das Ende. Alle optimistischen Auslassungen nützen uns da nichts, sie führen uns nicht darüber hinweg. Wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen, wie sie heute vor uns liegen, mögen sie auch noch so grausam erscheinen.

Man hat in den letzten Wochen das Schlagwort von der Annäherung an die Nationalstaaten in Umlauf gesetzt und verspricht sich davon die Rettung, die Erlösung aus unserer wirtschaftlichen Not. Es muß aber doch immer an folgende Tatsache erinnert werden: Selbst dann, wenn wirklich ein voller freier Handel zwischen den Nationalstaaten bestünde, wenn aber dabei die Sonderstaaten mit ihrer gesonderten Währung blieben, dann wäre für uns noch immer sehr wenig gewonnen; denn dann bliebe die Tschecho-Slowakei mit ihrem Wirtschaftsgebiete, blieben Jugoslawien, Polen und Ungarn weiter für uns Ausland, und da wir so gut wie nichts ausführen können und so ungeheure Mengen einführen müssen, so bedeutet das, daß mit jeder Einfuhr, die wir nicht durch Kompensationswaren gedeckt haben, unser Kronenkurs gegenüber der Währung der Nationalstaaten weiter sinken und daß wir überhaupt vor der Frage stehen würden: „Wie bezahlen wir die Einfuhr aus den Nationalstaaten?“ Wenn uns die Nationalstaaten nicht langfristige Kredite gewähren, wozu sie sicher keine Lust haben, dann müssen wir die letzten Aktiven, die wir noch haben, den Besitz an Aktien von Unternehmungen, die in der Tschecho-Slowakei bestehen, und dergleichen Wertpapiere hergeben. Uns ist also auch durch eine Annäherung an die Nationalstaaten in wirtschaftlicher Beziehung durchaus noch nicht dauernd geholfen und es ist ein Trugschluß sondergleichen, der jetzt in unserer großen Presse so häufig wiederkehrt (*Zustimmung*), daß die Sache immer nur so dargestellt wird, als ob man sich nur zusammenzuschließen brauchte und es wäre wieder alles so wie vorher und wir würden sehr gut mit Lebensmitteln und Kohle versorgt werden. Das ist durchaus nicht der Fall, solange eigene Nationalstaaten mit voller nationaler Wirtschaftspolitik bestehen. Diese Nationalstaaten werden sich aber ihre Staatlichkeit, das Anschwellen ihrer Macht in Prag, Belgrad, Warschau oder Pest auf unsere Kosten nicht nehmen lassen; darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben. Uns könnte

nur wieder eine Währungsgemeinschaft mit ihnen nützen und daß eine solche in der allernächsten Zeit nicht zu erwarten ist, werden auch alle diejenigen einsehen, die jetzt die größten Hoffnungen auf das Zusammenwirken mit den Nationalstaaten setzen.

Dazu kommt aber noch der Umstand, daß sich in dieser Frage auch in politischer Beziehung unsere Mehrheit gar nicht klar geworden ist. Der Herr Staatskanzler hat jetzt die Sache wieder so dargestellt, als ob die Koalitionsparteien in allen wichtigen Fragen eines Herzens und eines Sinnes wären. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Wie steht es denn gerade in Bezug auf unser Verhältnis zu den Nationalstaaten mit unseren Mehrheitsparteien? Die christlichsoziale Partei ist doch sicherlich mit ihren Sympathien bei Ungarn mit seiner christlichnationalen Regierung und die sozialdemokratische Mehrheitspartei sucht in der letzten Zeit gerade darum, weil sie aus Ungarn eine Gefahr für die Republik befürchtet, eine Annäherung an die Tschecho-Slowakei, um eine Art republikanischen Schutzbündnisses gegen Ungarn zu bilden. In einer solch wichtigen Lebensfrage gehen also die Mehrheitsparteien durchaus in entgegengesetzter Richtung.

Wie will man da überhaupt auf ein Zusammengehen mit den Nationalstaaten hoffen? Davon kann man nur solange reden, als nur das Schlagwort im Munde ist, aber wenn es zur Durchführung kommen soll, dann ist sie fast ausgeschlossen. Ich glaube, daß es auch dem Herrn Staatskanzler bekannt ist, daß heute in Ungarn und Polen große Rüstungen bestellt sind. Und zu welchem Zwecke? Sie wissen ganz gut, welche Spannung in der Slowakei und auch im Abstimmungsgebiete in Polen besteht. Die Ungarn haben während des Béla Kunschen Abenteuers erkannt, daß die sogenannte Entente durchaus keine Exekution wirklich durchführen kann oder auch durchzuführen gewillt ist und daß es daher am besten ist, sich auf die eigene Kraft zu verlassen. Ungarn verfügt heute über ein kleines, aber wohldiszipliniertes Heer und stellt damit einen Machtfaktor in Mitteleuropa dar, den wir sicherlich nicht darstellen. Und die Tschecho-Slowakei ist deswegen äußerst nervös und befürchtet ein Vordringen Ungarns; denn die tschecho-slowakischen Herren in Prag wissen, wie die Stimmung in der Slowakei ist. Für die Tschecho-Slowakei wäre also ein Zusammengehen mit Deutschösterreich, irgend eine Art von Bündnis von höchstem Vorteile. Denn die Tschecho-Slowakei weiß nicht, ob sie nicht über kurz oder lang auch ihre deutschen Einwohner zum Heeresdienste aufrufen muß; wenn sie dann in einem guten Verhältnis zu Deutschösterreich stünde, wäre das für sie eine gewaltige Unterstützung, weil sie dann eher

hoffen könnte, daß die sudetenländischen Deutschen ihrem Rufe folgen würden.

Demgegenüber ist aber der Standpunkt der großdeutsch gesinnten Abgeordneten folgender: Wir wollen von einem Zusammengehen mit Ungarn derzeit nichts wissen; denn Ungarn kann uns wirtschaftlich heute nicht helfen, selbst wenn es wollte. Zwar umfaßt Ungarn selbst nach den Grenzen des Vertrages von St. Germain heute noch immer rund 10 Millionen Einwohner, es ist ein Selbstversorgerland und hat kleine Überschüsse an Lebensmitteln; aber Wien zu versorgen, wäre dieses ungarische Gebiet außerstande, außer es würde zuerst die Slowakei, das Banat und Kroatien zurückerobern. Wir wollen aber vor allem mit Ungarn heute deshalb nicht zusammengehen, weil wir befürchten, daß auf diese Weise der Weg für die Wiederkehr der Habsburger geebnet werden soll. Und in dieser Frage erklären wir großdeutschen Abgeordneten aufs neue mit allem Nachdrucke, daß wir mit allen Mitteln die Wiederkehr der Habsburger zu verhindern trachten werden, weil wir der Überzeugung sind, daß ihre Wiederkehr das größte Hindernis für unser Hochziel, die Vereinigung aller Deutschen in einem deutschen Freistaate, darstellen würde. *(Beifall.)*

Wir können aber ebensowenig mit einem politischen Bündnisse, zu dem sich ein wirtschaftliches Zusammengehen mit der Tschecho-Slowakei auswaschen müßte, einverstanden sein. Denn wir wollen uns nicht dazu hergeben, daß unsere Deutschen eine Schutztruppe für die tschecho-slowakischen Eroberungen werden sollen. Wenn die Tschechen die Slowakei nicht aus eigener Kraft halten können, wir sind nicht dazu berufen, ihnen dabei Hilfe zu leisten. Und was den Schutz der Republik durch dieses Bündnis betrifft, so sage ich: Wenn die Republik einmal so tief im Vertrauen ihrer Staatsbürger gesunken ist, daß sie nur mehr mit den Prager Bajonetten geschützt werden kann, dann ist sie einfach nicht mehr zu halten, dann ist sie verloren. *(Sehr richtig!)*

Wir sehen also, daß unsere Lage nach dieser Pariser Bittprozession auch weiterhin ganz außerordentlich schwer, ja geradezu trostlos ist. Das Staatsgebilde ist eben nicht lebensfähig, und dies immer und immer wieder dem Auslande zuzurufen, ist unsere oberste und vornehmste Pflicht. Wenn wir alle von früh bis in die Nacht hinein arbeiten, ja wenn wir den sechzehnstündigen Arbeitstag einführen würden, wir könnten uns nicht selbst ernähren, wir könnten uns nicht selbst versorgen, das ist vollkommen ausgeschlossen. Dennoch, trotz dieser verzweifelten Lage wollen wir großdeutschen Abgeordneten nicht die Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse, auf den Wiederaufbau ganz aufgeben.

Es ist eine vollständige Entstellung unserer Bestrebungen, wenn wir großdeutschen Abgeordneten immer nur als die Kritiker und Raunzer hingestellt werden, die seitwärts stehen und über alles schimpfen, weil die „Bourgeoisinteressen“ nicht genügend berücksichtigt werden. Nein, so steht die Sache nicht. Das Schicksal dieses Staates, dieser Wirtschaftsgemeinschaft ist uns nicht gleichgültig; es ist ja unsere Heimat. (Beifall.) Bayern und Franken haben diesen Grund besiedelt und ihn trotz aller feindlichen Gewalt gehalten. Mit allen Tausen unseres Herzens hängen wir an ihm und wollen, daß dieser Boden deutsch bleibe.

Daher werden wir einer wirklichen Aufbauarbeit stets unsere Kraft widmen.

Ich kann mir aber keinen anderen Beginn des Wiederaufbaues denken, als zu versuchen, die schlummernden Produktivkräfte so rasch als möglich zum Leben zu erwecken, und das kann nicht anders sein, als durch den Ausbau unserer Wasserkräfte. Wenn irgendwo der tote Punkt in unserer inneren Wirtschaft überwunden werden kann, so ist es meines Erachtens nach auf diesem Gebiete. Ich habe hier eine Aufstellung eines hervorragenden schweizerischen Ingenieurs, Dr. Bertschinger, der derzeit in Krems lebt, vor mir. Er stellt die ausbaufähigen Wasserkräfte Deutschösterreichs zusammen; sie belaufen sich nach seiner Berechnung auf 2,417.000 Pferdekkräfte.

Das ist ein ungeheurer, schlummernder produktiver Schatz. Wir müssen aber nun endlich daran gehen, ihn wirklich zu heben. Wäre es denn nicht schon längst möglich gewesen, daß wir uns auf den Boden der Wirklichkeit gestellt hätten? Wir müssen doch heute sagen: Der Staat ist nicht imstande, diese Wasserkräfte derzeit auszubauen, denn wie sollte er das? Er müßte eine große Anleihe ausschreiben. Eine innere Anleihe bei den heutigen Verhältnissen muß aber einen Mißerfolg ergeben, darüber ist, glaube ich, doch keiner von uns im Zweifel. Es geht also nicht mit dem Staate. Ob man es gerne sieht oder nicht: der Ausbau der Wasserkräfte ist zunächst nur privatwirtschaftlich durchzuführen. Damit soll aber nicht gesagt werden, daß der gemeinwirtschaftliche Gesichtspunkt außer Frage kommen soll. Ich bin kein grundsätzlicher Gegner der Gemeinwirtschaft, insbesondere nicht der nationalen Gemeinwirtschaft; wir können doch gesetzlich bestimmen, daß in 10, 20 oder 30 Jahren die Hälfte der Anteilscheine vom Staate, von den Ländern und von den Gemeinden zum Nennwert übernommen werden können und somit jederzeit aus der privatwirtschaftlichen eine gemeinwirtschaftliche gemacht werden kann. Würde man heute mit allen staatlichen Mitteln die Aufbringung von fünf bis sechs Milliarden Privatkapital zu diesem Zwecke unterstützen und den Ausbau selbst auf Grund des dritten Absatzes des § 1

unseres Elektrizitätswirtschaftsgesetzentwurfes Privatgesellschaften überlassen, dann würde sich, glaube ich, im Inlande und im Auslande genug Kapital dazu finden: im Inlande, wenn man es abgabefrei erklären würde, und das wäre im Interesse der Sache. Denn wenn wir imstande sind, die Kapitalien für einen produktiven Kredit zu binden, dann haben wir das mit keinem Opfer schwer bezahlt. Dann können wir ruhig auf die Steuern, auf die Vermögensabgabe für diese Kapitalien verzichten und trotzdem wird die Volkswirtschaft, auch die Finanzwirtschaft einen dauernden Gewinn haben. Wir würden für eine solche Aktion aber auch die Hilfe des Auslandes bekommen. Denn gerade für den Ausbau der Wasserkräfte besteht auch im Auslande Interesse. Ausländische Kapitalien brauchen wir aber dazu, weil es unmöglich ist, aus eigener Kraft mit inländischem Kapital die Sache zu machen, schon wegen der Rohstoffe und Baumaterialien.

Hier hätte die Regierung, glaube ich, schon längst Schritte einleiten müssen. Man hat meines Erachtens viel zu lange überlegt und jeder Monat bedeutet da einen Schaden.

Ich bin mir aber darüber klar, daß dies nur ein Anfang des Aufbaues wäre, daß uns nur ein langfristiger großer Kredit, ein Kredit von 200 bis 500 Millionen Dollars über die nächsten Jahre wirklich hinweghelfen könnte. Diesen großen langfristigen Kredit können wir meines Erachtens nicht von Frankreich und nicht von England erwarten und bekommen, wie auch aus den Erklärungen von Lloyd George deutlich hervorgegangen ist. Lloyd George hat ja gerade erklärt:

„Nur wenn die Vereinigten Staaten von Nordamerika offen der Kredithilfe beitreten, kann genug Kredit für Europa gefunden werden.“ Der Versuch, Kredit in Amerika zu erreichen, ist natürlich nicht ganz leicht. Meines Erachtens stehen drei Wege offen. Der eine wäre der, daß man versucht, von Staats wegen einen öffentlichen Kredit zu erlangen unter Berufung auf das Weltgewissen, unter Berufung auf die Gesetze der Menschlichkeit, unter Berufung darauf, daß wir eben unter Mitwirkung der amerikanischen Vertreter zu dem sogenannten „selbständigen“ Staate Österreich verurteilt sind und daß unsere Unabhängigkeit ja im Artikel 88 für „unveräußerlich“ erklärt worden ist. Dieser Kredit wird meines Erachtens aber bei weitem nicht ausreichen und es bleiben nur noch die Wege privaten Kredites.

Da ist vielleicht ein Versuch im Wege unserer großen Wiener Banken möglich. Man kann darüber erfreut sein oder es auf das tiefste beklagen. Tatsache ist es, daß man drüben von den großen Banken in Nordamerika einen Privatkredit höchstens durch unsere großen Wiener Banken erreichen könnte. Die amerikanischen Institute haben seinerzeit in den

letzten Jahren des Friedens mit zunehmendem Erfolge die Auswanderergelder für die ganze Monarchie gesammelt und diese Gelder nach Wien geleitet. Heute steht zwar die Sache so, daß wir leider für unseren Staat an Auswanderergelder so gut wie nichts zu erwarten haben. Aber eines ist geblieben, der Ruf der Wiener Banken und, so lange sich die polnischen und die tschecho-slowakischen Banken in Amerika noch nicht eingelebt haben, wäre vielleicht die Möglichkeit gegeben, diese Gelder noch zum Teil auf Wien überzuleiten; wenigstens ist dies von seiten der Sachmänner für möglich gehalten worden.

Der dritte private Weg wäre vielleicht der, daß man in jenen Gegenden der Vereinigten Staaten, in denen die Deutschen Dichter wohnen und in denen uns gegenüber eine freundliche Gesinnung herrscht, in den Gegenden von Saint Louis, Milwaukee usw., bei den deutschen Banken zweiten und dritten Ranges Darlehen zu erlangen versucht. Ob unsere Regierung aber hierfür geeignet ist, das weiß ich nicht; denn diese Bevölkerungskreise haben ein ausgesprochen christliches, ja fast pietistisches und nationales Empfinden. Ob also unsere Regierung instande ist, einen Erfolg zu erzielen, das weiß ich nicht. Aber möglich wäre es meines Erachtens und es sollte kein Mittel unversucht gelassen werden, um es zu ermöglichen.

Wir großdeutschen Abgeordneten beurteilen also unsere Lage folgendermaßen: Wenn wir in den nächsten Monaten nicht langfristige Kredite in ausreichendem Maße bekommen — das sind mindestens 200 Millionen Dollar —, dann gibt es für diesen Staat überhaupt keine Rettung, dann stehen wir vor dem Bürgerkrieg, vor der Auflösung.

Bekommen wir aber die langfristigen Kredite von mindestens 200 Millionen Dollar, dann ist uns über die nächsten Jahre hinweg geholfen. Aber auch dann sind wir noch nicht instande, dauernd ein selbständiges Eigenleben zu führen. Alle diese Berechnungen sind nach unserer Ansicht optimistisch.

Wir begrüßen jede Maßnahme der Regierung, die uns über die Lebensnotdurft der nächsten Tage, der nächsten Wochen, der nächsten Monate hinwegführt. Aber wir möchten doch einmal auch klar von der Regierung hören, wie sie sich eigentlich die weitere Entwicklung denkt, wie sie sich den Weg nach aufwärts denkt. Wir halten es für unmöglich, daß auch in den nächsten Jahren, selbst mit Hilfe des großen Kredites dieses Deutschösterreich instande sein sollte, ein lebensfähiges Gebilde zu werden. Es wird auch weiter lebensunfähig bleiben.

Aber für uns steht die Frage auch gar nicht so, wie wir es dauernd selbständig erhalten könnten; für uns lautet sie folgendermaßen: Wie kommen wir über die nächsten Jahre hinweg, bis die Vernunft wieder in die Welt eingelehrt ist, bis die

angelsächsischen Völker erkannt haben, daß es Wahnsinn ist, uns das Selbstbestimmungsrecht dauernd zu rauben und uns selbst an der wirtschaftlichen Vereinigung mit unseren reichsdeutschen Brüdern zu hindern. Bis diese Vernunft in der Welt eingelehrt ist, bis dieser nüchterne geschäftsmännische Geist bei den Angelsachsen wieder die Oberhand gewonnen hat, würden wir mit diesem Kredit auslangen. Eine endgültige Rettung ist unseres Erachtens bei einem selbständigen Österreich überhaupt nicht möglich. Wenn da jemand glaubt, man kann das alte monarchische Gebilde wieder zusammenleimen, so irrt er. Der nationale Gedanke hat diese Monarchie gesprengt und keine Machthaber werden instande sein, sie wieder zusammenzukleistern.

Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen ist auf dem Marsche, das Selbstbestimmungsrecht, das die westlichen Demokratien hundert und tausend Mal verkündet haben und das sie selbst in den Friedensverträgen von Versailles und Saint Germain mit Füßen getreten haben. Aber diese Verträge sind nur Menschenwerk. Über sie hinweg wird sich das nationale Selbstbestimmungsrecht durchsetzen. Das ist unsere Hoffnung und Zuversicht. Aus diesem Grunde sehen wir großdeutschen Abgeordneten unsere Zukunft nicht für ganz entsetzlich und verzweifelt an. Wenn wir auch sehen, wie trostlos unsere Lage im Innern des Staates wirklich ist, so ergibt sich doch für uns eine Zukunftshoffnung und damit die Aufgabe für die nächsten Jahre.

Sie mögen über uns großdeutsche Abgeordnete spotten. Sie mögen über uns lachen, es ist uns gleichgültig, für uns wird als Leitspruch maßgebend bleiben das Lied der alten Burschenschaft, das in der Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands entstanden ist: „Wenn alle untreu werden, so bleiben wir doch treu“ (*Lebhafter Beifall*), und ebenso der Schwur: „Wir woll'n das Wort nicht brechen, nicht Buben werden gleich, woll'n predigen und sprechen vom heil'gen deutschen Reich!“ Mit dieser Zuversicht werden wir auch das Schwerste überwinden. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Präsident **Hausler**: Zum Worte hat sich der Herr Staatskanzler gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Staatskanzler Dr. **Renner**: Hohes Haus! Ich habe nur eine kurze Berichtigung vorzubringen. Ich bin meinem Voredner zu Dank verpflichtet, daß er die Sprache auf das angebliche Interview der „Liberté“ gebracht hat, in der der Ausdruck Sklaverei oder Verflavung in einem sehr zweideutigen Zusammenhang erschienen ist. Ich habe schon von Paris aus die „Liberté“ ersucht, diesen Satz zu berichtigen und ich habe auch die notwendigen Berichtigungen nach Deutschland und

hierher geschickt; ich weiß nicht, ob sie schon in der Presse veröffentlicht worden sind.

Dieses Wort ist überhaupt nicht gefallen, es ist auch gar kein ähnlicher Gedankenzusammenhang gewesen, sondern die Sache war die: Bei mir waren sechs Journalisten, die in drei Sprachen gesprochen haben. Meine Ausführungen mußten in mehrere Sprachen übersetzt werden und auf diesem Wege hat sich offenbar ein Mißverständnis eingeschlichen. Wir waren in der Lage, der Depesche über das Interview, die nach Amerika gefabelt worden ist, die Berichte, die in die Nordländer gegangen waren, entgegenzuhalten und den Herausgeber der „Liberté“ zu überzeugen, daß tatsächlich ein Hörfehler vorliegen muß. Ich bitte also, diese Bemerkung als nicht gefallen zu behandeln, sie ist tatsächlich nicht so gemacht worden.

Ich bemerke ausdrücklich, daß ich mich mit ganzem Herzen den Dankesfundgebungen angegeschlossen habe, die der Herr Präsident im Namen des Hauses ausgesprochen hat und die auch von anderen Seiten für die deutschen Liebesgaben ausgesprochen worden sind. Ich bin überzeugt, daß in der größten Not immer wieder die Stimme des Blutes und der sprachlichen Gemeinschaft laut werden wird, und ich bin sicher, daß diese dauernde kulturelle Gemeinschaft zwischen den Deutschen Österreichs und den Deutschen des Reiches unzerstörbar fortleben wird, wenn auch manchmal die politischen Machtverhältnisse der Welt diesem Zusammenhange widersprechen mögen. Ich bitte, dieses mein Bekenntnis entgegenzunehmen und versichert zu sein, daß ich selbst durchaus von dieser Meinung erfüllt bin.

Präsident Hausser: Die Frau Abgeordnete Popp hat das Wort.

Abgeordnete Popp: Geehrte Herren und Frauen! Ein Jahr schwerer Enttäuschungen liegt hinter uns. Denn als der Waffenstillstand Ende 1918 abgeschlossen wurde, da hatte das ganze Volk die Hoffnung, daß längstens ein Jahr vergehen würde, die nächsten Weihnachten, die Weihnachten 1919 werden die Erlösung gebracht haben und das ganze Volk werde neu aufatmen können, zu neuer Freude, zu neuem Glück und zu neuer Schaffenskraft. In dieser Hoffnung sind wir schwer enttäuscht worden, um so schwerer, als wir diese Enttäuschung nach vier Jahren unsagbaren Leidens erleben.

Wenn heute so viel gesprochen und geschrieben wird, daß die Republik die Hoffnungen der Völker nicht erfüllt hat, so muß man feststellen, daß die Republik diese Hoffnungen nicht aus eigenem erfüllen konnte, weil schon an dem Tage, wo die Republik proklamiert wurde, das Volk vor Er-

schöpfung im Niederbrechen gewesen ist. Es sind die sechsten Weihnachten ohne Freude, ohne Trost, ohne Lichtblick, Weihnachten ohne jedes Glücksgefühl und vor uns noch immer eine trübe und triste Zukunft. Es wäre ein Fehler, wenn wir in diesem Augenblicke, wo wir die Situation überblicken, nicht darauf hinweisen würden, was unsere Bevölkerung, vor allem aber unsere Frauen und Kinder nicht nur in dem letzten Jahre gelitten haben, sondern schon vor diesem Jahre. Nicht um Rekrutierungen anzustellen, sondern nur um der Wahrheit Ausdruck zu geben, verweise ich darauf, daß schon in den Jahren 1916 und 1917 unsere Bevölkerung Unnennbares erlitten hat und daß vor allem die Frauen und Kinder in den letztverfloffenen Jahren des Krieges vor Dingen gestanden sind, vor Zumutungen gestellt waren, die uns vorher menschenunmöglich erschienen sind.

Schon Ende 1917 war hier in Wien ein Arbeitertag versammelt, an dem festgestellt wurde, in welcher entsetzlichen Hölle sich nicht nur die Menschen befinden, die an der Front für das Vaterland zu kämpfen haben, sondern in welcher entsetzlichen Hölle sich auch die Menschen befinden, die im Hinterlande Pflichten zu erfüllen haben.

Damals schon — wenn es auch nicht bekannt werden konnte, weil der Ausnahmezustand, das Standrecht und die Zensur die Presse verhinderten, über die Leiden der Bevölkerung Aufklärung zu geben — sind Kinder in namenloser Zahl an Unterernährung dahingesteht. Die Kinder konnten nicht lebenskräftig geboren werden, die Frauen sind an Erschöpfung zugrunde gegangen oder haben sich schwere, unheilbare Leiden zugezogen.

All das, schon ehe der Waffenstillstand gekommen war. Und nun war dieser Augenblick da, der Augenblick des Waffenstillstandes, von dem wir alle gemeint haben, unsere Leiden werden mit einem Schlag ein Ende haben. Der Augenblick des Waffenstillstandes, den wir gleichzeitig als die Erlösung von aller Feindseligkeit, als die Erlösung von allem Haß betrachtet haben, der sich zwischen den Völkern aufgetürmt hatte.

In Namen der Schuldlosten an diesen schweren furchtbaren Zeiten, im Namen aller Frauen und Kinder, die das Kriegselend und die Nachkriegsleiden ertragen mußten, will ich aussprechen, daß gerade diese Frauen und Kinder, obwohl die Schuldlosten, am allerfurchtbarsten unter den Kriegszuständen leiden mußten. Ich nenne nur den moralischen Zusammenbruch unserer Bevölkerung, den moralischen Zusammenbruch nicht nur der Erwachsenen, sondern auch der Jugend und selbst der Kinder. All das sind Schäden, sind Folgen des Krieges, an denen unsere Bevölkerung noch lange Jahre zu tragen haben wird, genau so wie an der Erschöpfung, an dem wirtschaftlichen und körper-

lichen Zusammenbruch. Professor Escherich hat einmal den Ausspruch getan, jedes Kind, das lebensunfähig geboren wird, bedeutet eine Verschwendung von Nationalvermögen. Was aber wurde an Nationalvermögen verschwendet in diesen vier Jahren des Krieges und in diesem einen Jahr, in dem wir zwischen Krieg und Frieden gelebt haben, im sogenannten Friedenszustande, der uns die Segnungen des Friedens nicht gebracht hat! Wir lesen, daß Frauen an den Kliniken bei zehn Grad ihre Kinder zur Welt bringen; wir lesen mit Erschütterung, daß Kinder in den ersten Lebensstunden oder Lebenstagen erfrieren, und die ganze Welt entsetzt sich darüber, die Welt ist erfüllt von Mitleid, Mitleid und Barmherzigkeit. Und doch sind alle diese Dinge nicht neu und sie werden auch in dem Maße, in dem sie sich vollziehen durch die auffallenden Fälle, die Sensation erregen, gar nicht erfasst.

Ein paar Ziffern möchte ich Ihnen nennen, wie wir nach den Worten des Professors Escherich den Verlust an Nationalvermögen, an Volkskraft einschätzen müßten, den diese furchtbar traurigen Zustände unserem Volke auferlegen. In einer einzigen Novemberwoche dieses Jahres sind hier in Wien 415 Kinder geboren worden; in derselben Woche sind 715 Menschen gestorben (*Hört! Hört!*), um 300 mehr gestorben, als zur Welt gekommen sind. In derselben Zeit, auch in einer Novemberwoche, sind in London, in einer der Hauptstädte der siegreichen „hohen Mächte“, von denen wir jetzt soviel sprechen und soviel hören müssen, 2308 Kinder geboren worden, gestorben aber sind nur — ich muß in diesem Falle das Wort „nur“ gebrauchen, weil ich es ja im Zusammenhange mit dem Gebären und Sterben hier in Wien bringe — 1104 Menschen. Während also in London, auch nach dem Kriege, noch immer um die Hälfte mehr Menschen geboren werden als sterben, sterben bei uns um 300 mehr als geboren werden; wenn 400 geboren werden, verlieren wir 700 durch den Tod.

Diese paar Zahlen illustrieren das Elend, den Hunger, die Erschöpfung unseres Volkes. Diese Erschöpfung datiert aber nicht erst von dem Hunger, den wir in diesem Jahre seit dem Abschlusse des Waffenstillstandes gelitten haben und leiden, diese Erschöpfung geht zurück auf die ganzen Jahre des Krieges. Geehrte Frauen und Herren! Ich weiß nicht, ob Sie es alle wissen und wie Sie es ertragen haben, daß in den Zeiten des Krieges, im Jahre 1916, Menschen, erwachsene Menschen, vor allem aber Frauen und Kinder in Gebieten des alten Österreich wochenlang von nichts anderem leben mußten als von Brennnesseln und von anderen Arten von Gras, daß diese Bevölkerung, die so leben mußte, nicht einmal das Mehl hatte, um sich diese Brennnesselgemüse halbwegs schmackhaft und nahrhaft

zubereiten zu können. Und als es infolge des Hungers dazu kam, daß man an diesen Orten plünderte und raubte, da sind vor Gericht nicht nur erwachsene Menschen gestanden, sondern Kinder im Alter von 12, 10, ja 6 Jahren, des Raubes und des Diebstahls angeklagt.

Ein gerechter und einsichtiger Richter hat diese Menschen freigesprochen oder zu einem Tag Kerker verurteilt, weil das Gesetz es so vorschrieb.

Wenn wir aber im Bewußtsein haben, daß schon in den Jahren des Krieges unsere Ernährung in vielen Gebieten unseres Vaterlandes so beschaffen war, dann begreifen wir das Massensterben, das Massendahinsiechen von Frauen und Kindern, jetzt in den ersten Monaten des Friedensjahres.

Meine Frauen und Herren! In den Spitälern Wiens gehen Menschen buchstäblich an Unterernährung zugrunde, weil der Zustand, in dem sie in das Spital kommen, ein so schlimmer ist, daß sie kaum mehr gerettet werden können. Soll ich Ihnen das Bild vorführen, daß in den Kinderheimstätten Kinder sind im Alter von 5, 6, 7 Jahren, die aussehen, als wären sie Greise oder auch als wären sie Neugeborene. Wenn der Arzt die Decke aufhebt, mit der diese armseligen Körperchen bedeckt sind, so sieht man nichts als Knochengerioste, überzogen mit eingetrockneter Haut.

Das sind die Zustände, wie wir sie jetzt haben, das ist das Leiden, das ist die furchtbare Not, in der unser Volk jetzt leben muß. Dennoch bin ich der Meinung, daß eine Bettlerballade anzustimmen nicht das ist, was wir wollen. Bei diesem großen und übermenschlichen Elend erscheint es mir gerecht, zu sagen, daß die Schändung der Menschheit, die im Betteln, in dem Herumbetteln und Bitten von Ort zu Ort und von Volk zu Volk gelegen ist, nicht jene trifft, die schuldlos dieses Elend erdulden, sondern daß mitgeschändet wird jene Menschheit, die es dazu kommen läßt, daß diese Unglückseligen und Unschuldigen betteln und bitten müssen, um sich vor dem Zugrundegehen bewahren zu können. Aber nicht nur Wien leidet. Wir reden immer von den hungernden Kindern Wiens, von der Rettung der Wiener Kinder. Aber, meine geehrten Frauen und Herren, es leiden nicht nur Wiener Kinder, auch in den Haupt- und Industriestädten unseres kleinen Landes, finden wir den Hunger und das Sterben vor Erschöpfung und Unterernährung.

Klar und unzweideutig hat die Bevölkerung Deutschösterreichs vom ersten Augenblick an, wo sie die Möglichkeit hatte zu reden und ihren eigenen Willen kundzutun, zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht verbunden und verknüpft sein will mit irgendeiner Schuld, die in der Vergangenheit begangen wurde. Die Frauen unseres Volkes aber haben wohl während der ganzen Zeit des Krieges, als sie selber bittere Schmerzen und große Qualen erduldeten, als

die Mütter in schlaflosen Nächten ihrer fernen Kinder gedachten, als sie ihre Männer beweinen mußten, als die zurückgebliebenen kleinen Kinder nicht einmal fassen konnten, was der Begriff Vater bedeutet, weil sie nie Gelegenheit hatten, den Vater kennen zu lernen und zu sehen, niemals Haß und Feindseligkeiten gegen die anderen Völker empfanden. Wenn die Mütter unseres Landes im eigenen Schmerz und in der eigenen Not um ihre Kinder vor der Verzweiflung gestanden sind, haben sie noch voll Erbarmen der Mütter in den anderen Ländern gedacht, die in derselben Not, in derselben Qual und in derselben Schmerz gewesen sind. Im Schmerz sind die Mütter eins in allen Ländern und darum wäre es unmenschlich, ungerecht und im höchsten Grade pflichtvergessen an dem Gedanken der Menschheit selbst, diese Frauen und Kinder noch länger in diesem Elend schmachten zu lassen.

Dieser Appell kann sich aber nicht nur an die anderen Länder richten, die uns helfen können und die sich jetzt bemühen, für uns, für Deutschösterreich tätig zu sein, um durch Almosen, durch milde Gaben, durch Sammlungen, durch Aufnahme unserer Kinder uns zu helfen und uns Rettung zu bringen. Wohl ist es ein schöner Gedanke, die erschöpften Kinder Deutschösterreichs durch das Ausland zu retten, sie aufzunehmen in den Verband anderer Familien. Aber, meine geehrten Frauen und Herren, Sie dürfen dabei nicht vergessen, daß den Müttern, die ihre Kinder in fremde Länder geben müssen, neue Dufberinnenqualen zugefügt werden. Denn nicht leichten Herzens geben diese Mütter ihre Kinder in fremde Lande. Es gibt Mütter hier bei uns, die seelisch zusammenbrechen unter dem Gedanken, daß ihre Kinder in die Fremde sollen, wenn auch zu noch so guten Menschen, weil sie, die Mütter, obwohl sie gerne möchten, nicht dazu imstande sind, ihren Kindern Hilfe und Rettung zu bringen.

Dieses hohe Haus hat in den letzten Tagen in großzügiger und entgegenkommender Weise weiten Schichten dieses Staates Hilfe zuteil werden lassen, hat durch seine Beschlüsse über die Befoldungsreform, über die Erhöhung der Gehälter und Teuerungszulagen dazu beigetragen, daß in tausenden Familien Weihnachtsfreude einziehen kann, daß die Sorge einigermaßen — wenigstens vorübergehend — gelindert werden kann. Wir dürfen aber auch nicht vergessen jener Zehntausende, denen wir diese Hilfe nicht gewähren können, die noch immer ohne Rettung und Schutz sind. Ich verweise da auf all die Frauen, die Mütter und Kinder der noch immer in Kriegsgefangenschaft lebenden Männer, die bis heute nicht die Möglichkeit hatten, in ihre Heimat zurückzukommen. Viele Tausende von Männern leben noch immer in Kriegsgefangenschaft, ihre Frauen, ihre Kinder und ihre Mütter sind hier in

unserem Staate und leben in Verzweiflung, in seelischen Qualen und in wirtschaftlicher Not, weil das, was unsere arme Republik ihnen bisher gegeben hat, beim besten Willen nicht ausreicht, um sie vor den ärgsten Entbehrungen und vor dem größten Hunger schützen zu können. Da haben wir noch eine Schuld abzutragen.

Im Laufe der letzten Monate sind viele böse und hämische Bemerkungen über bestimmte Teile der Arbeiterschaft gefallen. Man hat nicht immer mit den Tönen hoher Herzenswärme von allen jenen Menschen geredet, welche, wie ich überzeugt bin, in den meisten Fällen gerne produktive und nützliche Arbeit leisten würden, denen aber unser Staat bisher nicht dazu verhelfen konnte, daß sie wirkliche Arbeit leisten können. Die große Schar der noch immer Arbeitslosen, deren Frauen und Kinder werden auch im sechsten Jahre seit Beginn des Krieges genau so traurig, trostlos und düster das Fest der Menschheitserlösung begehen, wie sie es in den fünf vorangegangenen Jahren begangen haben.

Meine sehr verehrten Anwesenden! Wenn ich von der Not hier in unserem Lande spreche, von der Not, die in vielen Schichten noch besteht, die von den Hilfswerken bisher nicht erfaßt wurden, möchte ich nicht unterlassen, die Mahnung auch an jene zu richten, die zu den Reichen und Wohlhabenden, zu den Besitzenden unseres Landes gehören.

Wenn von Rettung und Hilfe geredet wird, so finden wir immer das Ausland voran; ein Staat nach dem andern wird aufgezählt, große und berühmte Männer und Frauen anderer Staaten tun sich zusammen, um Deutschösterreich und Wien zu retten. Doch immer vermissen wir die großzügige Geste und Geberde der Reichen dieses Landes, die sich ihrer sozialen, selbstverständlichen Pflicht noch immer entziehen. Herr Dr. Schönbauer hat — ich bitte mich nicht mißzuverstehen, es liegt mir ferne, zu drohen oder irgendetwas auszusprechen, was an Drohung auch nur gemahnen kann —, der Herr Vorredner hat von den Gefahren des Bolschewismus und Kommunismus gesprochen und gefragt, ob diese schon überwunden sind. Überwunden werden diese Gefahren in dem Augenblick sein, als unser Staat die Möglichkeit erlangen wird, die schreiende Not auf der einen und den schreienden Reichtum auf der andern Seite beseitigen zu können, wenn der Ausgleich geschaffen sein wird, wenn durch dieses hohe Haus daran gegangen werden wird, den Reichtum zu erfassen und zur Heilung der sozialen Wunden heranzuziehen, die uns der Krieg und das Jahr nach dem Zusammenbruche geschlagen haben. Ich glaube, die Reichen unseres Landes entwürdigen sich selbst, wenn sie die Bettlerballade, wie es in einer Zeitung geheißen hat, immer und immer wieder anstimmen lassen, während

es Menschen in diesem Staate gibt, die noch immer im Reichtum leben können (*Zusimmung*), nicht in produktivem Reichtum, sondern im Reichtum der Genieser, im Reichtum des herzlosen Progentums. Da begrüße ich die Worte meines geehrten Herrn Vorredners, der auch von der Vermögensabgabe gesprochen und die Befürchtung ausgedrückt hat, daß die Vermögensabgabe nicht rechtzeitig vorgenommen werden könnte; ich freue mich, daß aus den Worten des Herrn Dr. Schönbauer zu schließen ist, daß auch die Großdeutsche Vereinigung mit aller Energie und mit wirklich ernstem Willen mit diesem Hause darangehen wird, die Vermögensabgabe und die ganze finanzielle Frage des Staates so zu regeln, daß der sozialen Gerechtigkeit endlich Genüge getan wird, damit auch jenen Recht werde, die bisher als die Einzigen dem Staate Opfer bringen mußten und fortwährend zu neuen Opfern verhalten werden. (*Beifall.*) Herr Dr. Schönbauer hat davon gesprochen, und mit Recht davon gesprochen, wie langsam die hohen Mächte arbeiten, um Deutschösterreich zum Wiederaufbau zu verhelfen. Ich habe mich dabei des christlichen Sprichwortes erinnert: „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher!“ Und da denkt man so daran: Auch die Mühlen der hohen Mächte mahlen langsam; wenn wir nur die Gewißheit hätten, daß sie schließlich doch mahlen werden und daß dieses Mahlen so ausfallen wird, daß wir wirklich mit Kraft und voller Sicherheit an den Aufbau unserer Volkswirtschaft schreiben können, um die Gefahren, von denen da gesprochen wird, durch produktive Arbeit aller Schichten zu vermeiden. Seien Sie überzeugt, meine geehrten Herren und Frauen, die sie vielleicht der eine oder der andere von der Arbeitslosigkeit die Vorstellung haben, als wäre sie nicht gar so ein schreckliches Ding, als das sie ab und zu hingestellt wird; ich spreche aus meiner tiefsten Überzeugung, wenn ich hier sage, daß zu den schlimmsten Erscheinungen, daß zu den schlimmsten Dingen, die dem einzelnen Menschen zugefügt werden können, die Zeit gehört, wo er ohne Arbeit ist, wo er außerhalb der Möglichkeit ist, sich durch eigenes Schaffen sein Brot zu verdienen und Weib und Kind vor dem Hunger zu bewahren.

Darum ist die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft auch in unserem Interesse, im Interesse aller derer, welche wollen, daß wieder einmal Glück und Wohlfahrt in dieses Land einziehen können. Was immer man sagen möge — und man schmägt viel, man macht hämische Bemerkungen über die Republik, die so schwere Enttäuschungen bereitet habe, über die Republik, die das Elend nicht beseitigen kann, über die Republik, die die Menschen auf Hungerrationen setzt, über die Republik, die die Menschen frieren läßt und den Armen und Ärmsten nicht einmal einen Zimmerbrand, nicht

einmal einen Küchenbrand verabsolgen kann, man macht höhnische Bemerkungen über die Unfähigkeit der Republik und ihrer Regierung, die den Hunger der Menschen nicht stillen könne, die ihnen nicht Brot genug geben könne und die nicht instande sei, dem Volke ausreichende und genügende Nahrungsmittel zu geben —, die Republik ist wohl am ungeschuldigsten an allen diesen Dingen, die uns heute so sehr bedrücken. Das Elend ist nichts anderes als die Folge des Zustandes, den wir vier Jahre ertragen mußten. Wenn sonst wo irgendein Geschäftsmann in Konkurs geriet und Bankrott machte — ist es da schon jemandem eingefallen, diejenigen, die in die Konkursmasse Ordnung bringen sollen, für den Bankrott verantwortlich zu machen? Hat jemand das Recht, die Republik für die Sünden, das Unrecht, das Verbrechen verantwortlich zu machen, das, ehe noch die Republik war, an diesem Lande und an diesem Volke verübt worden ist?

Wenn wir heute in diesem letzten Augenblick, ehe das hohe Haus auseinandergeht, noch einmal der Not des Volkes Ausdruck verleihen, wenn wir all der Familien, der Frauen, Kinder und Männer gedenken, die in Kälte und Not Weihnachten begehen werden, so möchte ich daran erinnern, daß das Weihnachtsfest als das Symbol, der Welt-erlösung und der Weltveröhnung erscheint.

Ich möchte an das Gewissen der ganzen Welt appellieren und sagen, daß alle das Recht haben, sich auf die Idee des Weihnachtsfestes zu berufen, wenn sie an vollen Tischen in warmen Stuben sitzen können, während Hunderttausende in diesem Lande und auch noch in anderen Ländern in Kälte und Finsternis und bitterster Not weinen müssen, wenn die Mutter das Stückchen Brot nicht hat, das sie ihren hungrigen Kindern reichen möchte. Die erhabene Idee, die das Weihnachtsfest verkörpern soll, wird geschändet durch den Überfluß der anderen.

Ich möchte zum Schlusse darauf hinweisen, daß nichts unterlassen werden darf, um von unserer Seite aus alles zu tun, damit wir den Beweis erbringen, daß wir die Kraft und den Willen haben, uns selbst zu helfen, soweit wir uns helfen können. Wir wollen uns nicht fatalistisch auf die Hilfe der anderen allein verlassen, wir wollen auch mit unserer Kraft zu dieser Hilfe beitragen, um uns selbst zu helfen, soweit geholfen werden kann. Schon in den nächsten Tagen nach Neujahr, wenn unsere Arbeiten wieder beginnen werden, soll kein Augenblick versäumt werden, um nicht nur unserem eigenen Volke, sondern auch der ganzen Welt zu beweisen, daß wir ein ernst zu nehmender Staat sind, daß die Republik Deutschösterreich den Willen hat, alle ihre Kraft, alle Fähigkeiten, alle Intelligenz daran zu setzen, um aus eigener Kraft zu tun, was möglich ist, wenn wir auch wissen, daß das nicht ausreicht, um uns wirklich zu helfen; aber

wir müssen das Unrecht, das noch dadurch besteht, daß bisher die Möglichkeit nicht war — vielleicht nicht war —, die Vermögensabgabe, die Reform der ganzen Finanzgesetzgebung vorzunehmen, gutmachen. Wir können nicht allein den Appell an das Ausland richten, wir müssen auch die Besitzenden unseres Landes zur Erfüllung ihrer Pflichten verhalten.

Und so möchte ich, hohes Haus, mit dem Hinweis darauf schließen, daß die Bevölkerung, alle die Armen, die Notleidenden, alle diejenigen, denen wir in diesen Tagen nicht helfen konnten, überzeugt sein mögen, daß es unser fester Wille ist, allen Menschen in diesem Staate ein erträgliches Los zu schaffen, und das wir keinen Augenblick die Pflicht veräumen und vernachlässigen werden, auch den seelischen Qualen unseres Volkes abzuhelpen, den seelischen Qualen der Frauen und Kinder dieses Volkes, der Mütter dieses Volkes, daß wir sowie bisher auch in Zukunft alles daransetzen wollen, damit endlich auch die Kriegsgefangenen nach Hause kommen können, damit die Frauen, die Mütter und die Kinder nicht in Vereinsamung und in Trauer ihr Glend tragen müssen, sondern die Familien wieder vereint sind, daß gebannt werden auch die seelischen Leiden und beseitigt werde die wirtschaftliche Not durch die Pflichterfüllung unseres Staates, durch die Pflichterfüllung, der sich auch diese Nationalversammlung hingeben muß als einer ihrer ersten Arbeiten. *(Lebhafter Beifall.)*

Präsident *(welcher während vorstehender Rede den Vorsitz wieder übernommen hat)*: Es ist niemand mehr zum Worte vorgemerkt, die Debatte ist daher geschlossen.

Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Berichterstatter Dr. Alfred Gürfler: Hohes Haus! Ich möchte nur ganz kurz einem Einwande begegnen, der gegen meine einleitenden Worte vielleicht erhoben werden könnte und dem zu widersprechen ich vorher unterlassen habe, um die Geduld des hohen Hauses, das begierig auf die Ausführungen des Herrn Staatskanzlers wartete, nicht allzusehr in Anspruch zu nehmen — das ist der Einwand, den man dagegen erheben könnte, daß der Staat an sich mit dem Bedarfe an Lebensmitteln, Rohstoffen und Kohle nichts zu tun habe. Man würde aber dabei übersehen erstens einmal den Eigenbedarf des Staates für seine eigenen Betriebe und für alle jene Arbeiten und Unternehmungen, die er in eigener Regie betreibt. Man würde außerdem dabei übersehen die heute sicher immer noch in einem gewissen Umfange notwendige staatliche Bewirtschaftung eines großen Teiles der Bedarfsartikel. Und schließlich würde man eine Angelegen-

heit übersehen, mit der wir uns in den letzten Wochen so eingehend zu beschäftigen genötigt waren, die Bezüge der Staatsangestellten, denen man einen Zusammenhang mit dem Stande unserer Valuta und den daraus resultierenden Preisen unserer wichtigsten Bedarfsartikel sicherlich nicht absprechen kann. Diesem Einwande, den man gegen meine eingangs erwähnten Ausführungen erheben könnte, wollte ich kurz begegnen.

Zu den Ausführungen des Herrn Ranzlers möchte ich kurz bemerken, daß sie den Eindruck erwecken könnten, als ob die Kohlennot nur in Wien bestünde. Es wäre dies ein falscher Eindruck, denn die Kohlennot besteht in den Ländern draußen ebenso wie in Wien. Aus den Ausführungen des Herrn Ranzlers haben wir entnommen, daß für unseren Konsumptivkredit in einer entsprechenden Art und Weise vorgeforgt ist.

Ich gebe der Erwartung Ausdruck, daß sich diejenigen, die uns zu helfen berufen sind und die uns helfen können, aber auch dessen bewußt sein mögen, daß die dringlichste Frage für uns alle die Gewährung eines Kredites für die Stabilisierung unserer Valuta ist, die allein es uns ermöglicht, wieder ein arbeitendes Volk zu werden, das seinen Platz in der Welt selbst behauptet.

Und dann möchte ich noch etwas sagen. Es ist davon gesprochen worden, daß da und dort Äußerungen gefallen sind, die in den Ländern, die uns helfen wollen, Mißstimmungen, Mißdeutungen auslösen könnten. Man muß uns eben verzeihen, daß wir noch nicht daran gewöhnt sind, von Almosen zu leben, sowie wir uns auch nicht daran gewöhnen möchten, von Almosen zu leben, sondern wir möchten ein Volk bleiben, das vom Ertrage seiner eigenen Arbeit lebt. Aus diesem ungewohnten Zustande dürfte ein großer Teil dieser Äußerungen zu erklären sein.

Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Schönbauer einige ganz kurze Bemerkungen. Die Opposition selbst hat in anerkennenswerter Weise für alle Besoldungsvorlagen gestimmt und ich meine, daß auch ihr daher in einem gewissen Umfange die Aufgabe obliegen wird, sich mit der Frage der Bedeckung dieser Besoldungsvorlagen zu beschäftigen. Feststellen muß ich auch noch, daß trotz der von Herrn Dr. Schönbauer mit einer gewissen Berechtigung aufgestellten Behauptung, daß man gewisse Gegenstände im Inlande für inländische Valuta fast nicht mehr zu kaufen bekomme, die Kaufkraft unserer Valuta im Inlande immer noch eine ganz erhebliche höhere ist, als ihrer ausländischen Bewertung entsprechen würde.

Im übrigen geht ja aus den Ausführungen des Herrn Dr. Schönbauer auch nur das hervor, was aus meinen eigenen Ausführungen hervorgegangen ist, daß wir eben zum Aufbau unserer

Valuta in dringlichster Weise eines Kredits bedürfen, der uns endlich einmal ermöglicht, wieder ein wirtschaftlich aktives Volk zu werden, und ich bin dem Herrn Abgeordneten Dr. Schönbauer dankbar dafür, daß er in seinen Ausführungen diesem Punkte eine so große Aufmerksamkeit zugewendet und diese Dringlichkeit, die von mir schon hervorgehoben wurde, noch unterstützt hat.

Weiters möchte ich noch zu einer Bemerkung des Herrn Dr. Schönbauer Stellung nehmen. Ich glaube, für die Außenpolitik der Koalition werden weder Sympathien noch Antipathien maßgebend sein, sondern einzig und allein das Streben, unserem Vaterlande den Frieden zu erhalten.

Was den von Herrn Dr. Schönbauer bezogenen § 4 des Budgetprovisoriums betrifft, so läßt dieser ja alle Möglichkeiten offen, in welcher Art und Weise die Elektrifizierung des Betriebes unserer Staatsbahnen vorgenommen werden könnte.

Frau Popp hat das furchtbare Elend, von dem wir heimgesucht wurden, weit über den Rahmen einer finanziellen Bedeckungsfrage hinausgehoben. Sie hat gezeigt, wie an dem wertvollsten Kapital, das wir besitzen, an der Zukunft unserer Volkskraft, die unsere Frauen und unsere Kinder repräsentieren, Raubbau getrieben werden mußte und wie dieses wertvolle Kapital durch das Elend, dem wir gegenwärtig anheimgegeben sind, verwüstet wird. Aber gegen einen Eindruck möchte ich doch Stellung nehmen. Es hätte eventuell durch die Ausführungen der Frau Kollegin Popp der Eindruck erweckt werden können, als ob der Kreis der Personen, die von unserem Elend nicht ergriffen sind, ein beträchtlicher, ein übermäßig großer wäre. Man muß sagen, leider ist der Kreis der Personen, die an unserem Elend keinen Anteil nehmen, sehr klein, aber er tritt nur auffallend in Erscheinung, denn unser Volk hat sich immer noch eine gewisse moralische Höhe bewahrt, die es dahin kommen läßt, daß zwar leicht erworbener Reichtum prokt und sich breit macht, daß aber das Elend von den weitesten Kreisen der Bevölkerung immer noch mit einem stolzen Schweigen getragen wird, das nur dann gebrochen wird, wenn die berufenen Vertreter dieses Elends in der Öffentlichkeit von diesem Elend sprechen.

Ich bitte Sie nun, geehrtes Haus, der Regierung, die unter so schwierigen Verhältnissen die Geschäfte unseres Staates führt, das von ihr verlangte Budgetprovisorium zu gewähren, und bitte Sie nochmals, den Beschluß des Finanzausschusses durch Ihre Zustimmung zu einem Beschlusse des Hauses zu erheben. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Präsident: Wir schreiten zur Abstimmung. Ich bitte, die Plätze einzunehmen. *(Nach einer Pause:)* Ein Abänderungsantrag zu dem

vorliegenden vom Ausschusse unterbreiteten Antrag ist nicht gestellt, ich kann daher sofort alle fünf Paragraphen unter Einem zur Abstimmung bringen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des hohen Hauses, die ihnen die Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die für Titel und Eingang des Gesetzes sind, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Angenommen.

Damit ist das Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

Berichterstatter Dr. Alfred Gürtler: Ich beantrage die sofortige Vornahme der dritten Lesung.

Präsident: Der Herr Berichterstatter beantragt, die dritte Lesung sofort vorzunehmen.

Ich bitte diejenigen Mitglieder, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)* Ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschloffen.

Ich bitte nunmehr diejenigen Mitglieder, die dem Gesetze auch in dritter Lesung ihre Zustimmung geben wollen, sich von den Sitzen zu erheben. *(Geschicht.)*

Das Gesetz über die Führung des Staatshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. Juni 1920 *(541 der Beilagen)* ist auch in dritter Lesung angenommen und damit endgültig zum Beschlusse erhoben.

Hohes Haus! Ich bin nicht in der Lage, Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung schon heute bekanntzugeben. Ich werde daher die nächste Sitzung im schriftlichen Wege einberufen. Dagegen mache ich heute schon darauf aufmerksam, daß nach den bis jetzt vom Hauptausschusse getroffenen Dispositionen die Ausschusstätigkeit am Mittwoch, den 7. Jänner beginnen soll, daß an diesem Tag insbesondere der Finanzausschuß zusammentritt und daß sodann am Mittwoch, den 14. Jänner wahrscheinlich das Haus selbst zusammentreten wird.

Wird gegen diesen Vorschlag eine Einwendung erhoben? *(Nach einer Pause:)* Es ist dies nicht der Fall, somit bleibt es dabei.

Hohes Haus! Wir haben heute die letzte Sitzung vor den Weihnachtsfeiertragen. Es würde einem alten Gebrauch entsprechen, wenn wir beim Auseinandergehen einander fröhliche Weihnachten und ein glückliches Neujahr wünschten. Aber dieses Wort stockt uns in der Kehle. Wenn uns auch die heutigen

Verhandlungen einen kleinen Hoffnungsschimmer leuchten lassen, wenn wir vielleicht auch erwarten dürfen, vor den allerschrecklichsten und furchtbarsten Qualen des Hungers—und dessen, was er im Gefolge hätte, noch verschont zu bleiben, so sind doch die Not und das Elend so furchtbar und ist es doch ein so entsetzlicher Gedanke, daß Tausende, Hunderttausende, ja Millionen Menschen von Hunger und Kälte gequält sind, daß Festesstimmung und Festesfreude nicht aufkommen können. Wir können dieses

Jahr nur mit dem Wunsche schließen, daß uns das neue Jahr von diesen furchtbaren Qualen erlöse und befreie und uns in eine Ara des Aufstieges einführe, in der die alte österreichische Fröhlichkeit an Festestagen wiederkehrt. Hoffen wir, daß das neue Jahr diese Erlösung bringt, und bemühen wir uns, das Unsere dazu beizutragen.

Ich danke den Frauen und Herren und schlicße die Sitzung. *(Lebhafter Beifall.)*

Schluß der Sitzung: 7 Uhr 40 Minuten abends.